

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1908**

18 (22.1.1908)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

**Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.**  
Abonnementpreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgebolt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgebolt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

**Redaktion und Expedition:**  
Luisenstraße 24.  
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.  
Expresstunde der Redaktion: 12-1/2 Uhr.  
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

**Inserate:** Die einpaltige, kleine Zeile oder deren Raum 2) Pfg. Lokal-Inserate halber. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormitags 7 bis abends 1/7 Uhr.

Druck und Verlag  
Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Legte Post, Feuilletton und Unterh.-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:  
Karl Ziegler in Karlsruhe.

### Nemesis im Flottenverein.

Noch kein Jahr ist es her, daß der deutsche Flottenverein sich im Strahlenglück seines Ruhmes sonnte. Die Flottenwahlen war vorüber und die „nationale Parole“ hatte dank einer ungerechten Wahlkreiserteilung und dem schäpftigen Strebertum des Freisinn „gefiegt“. Neben dem Reichsverband schrieb sich der Flottenverein und sein geistiger Leiter Generalmajor v. Reim das Hauptverdienst an dieser Wendung zu. Reim war der Hauptwahlmacher des Reichskanzlers, Reim war der Kanal, durch den das von Bülow erschornkte Vörsengeld in die Kassen der „nationalen“ Parteien floß, Reim war der Vertrauensmann, mit dem der Kanzler lügnerrische und schmutzige Wahlflugblätter ausheckte, Reim war der Kommandant des Marinekorps, das mit den Ballen dieses gedruckten Unflats die verwirrten Köpfe der „Nichtwähler“ bombardierte.

Herr v. Reim und Fürst Salm, die für ihre Wahlagitatio die schmeichlichsten Anerkennungen von hoher Stelle ernteten, liegen jetzt zerfchmettert am Boden. Der Flottenverein, die Wahltruppe der Regierung, ist zerstreut und in Trümmer geschlagen. Das ist in kurzen Worten das Ergebnis des Kasseler Delegiertentages vom letzten Sonntag, die die Kasse in Flottenverein mit einem jähren Krach abschloß. Das Präsidium Salm-Reim legte gleich zu Anfang der Tagung sein Amt nieder; das nachträgliche Vertrauensvotum aber, das der Delegiertentag dem scheidenden Präsidium erteilte, hat die Bayern, Baden und Brandenburger veranlaßt, die Sitzung vorzeitig zu verlassen. Damit hat sich der Süden vom Norden getrennt, während im Norden ein breiter Riß klast.

Der Kampf gegen das Präsidium entsprang zwei Strömungen. Die süddeutsche Abneigung gegen das herrisch herausfordernde Marinepreuzentum kam in der bekannten Niederlegung des Protektors durch den bayerischen Prinzen Rupprecht zum Ausdruck. Da sich die übrigen deutschen Dynastien, vor allem die Hohenzollern, schließlich auf die Seite des bayerischen Gottesgnadentums schlugen, das von den „Demokraten“ des Wasserpatriotismus derb angefaßt worden war, verband sich die antipreußische Strömung mit dem „dynastischen Gefühl“ und der offiziellen deutschen Erbuntertänigkeit zu einem höchst seltsamen Gemisch, dessen Explosion den Verein und seine Leitung zu Stücken geriet.

Herr Reim hat den Bayern nichts vorzutwerfen; aber von den Preußen hat er preußischen Dank geerntet. Die ihn noch vor wenigen Monaten gelobt und gestreichelt hatten, weil sie ihn brauchten, haben später gegen ihn gehetzt und intrigiert und ihn fallen lassen. Wie einst Eulenburg, wie dann Harden, wie jetzt der ganze lächerlich blaumierte Freisinn gehört auch General Reim zu Bülow's Würdigen. Der Diplomat der Wilhelmstraße, der in seiner auswärtigen Politik nichts als Niederlagen zu verzeichnen hat, ist im Lande selbst dank der Dummheit und Kriecherei des Publikums, mit dem er zu tun hat, immer noch Sieger geblieben, obwohl er noch jeden Freund, der ihm diene, verraten und im Stich gelassen hat, sobald es sein eigener Vorteil erheischte.

Die Katastrophe, die den Flottenverein ereifte, war wohlverdient! Aber der Flottenverein, der Wahlmacher von 1907, war nur ein Instrument, auf dem Bülow spielte, dem er die Erhaltung seiner Kanzlerschaft zum guten Teil verdankt, und das er dann ruhig zu Trümmern schlagen ließ, als es seine Schuldigkeit getan hatte. Mit dem Sturz des Wahlmachers hat die Tragödie der rächenden Vergeltung erst begonnen. Jetzt muß es heißen:

Zum Teufel erst das Instrument,  
Zum Teufel hinterdrein den Sänger!

### Ein Anarchistenprozeß

beschäftigte Ende voriger Woche die dritte Strafkammer des Berliner Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurde der 37 Jahre alte, verheiratete Tapezierer Karl Rielmeyer vorgeführt. Seit der Verhaftung des Anarchisten Oesterreich, der am 27. Februar wegen Hochverrats vor dem Reichsgericht stehen wird, führt der Angeklagte die Redaktion des anarchischen Organs „Freier Arbeiter“. Die Anklage macht den Angeklagten für drei Artikel des Blattes, in welchem nach Ansicht der Staats-

anwaltshaft Beleidigungen der Unteroffiziere des deutschen Heeres, Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und Aufreizungen zu Gewalttätigkeiten enthalten sind, verantwortlich. — Auf Antrag des Staatsanwalts Dr. Ziegen beschloß der Gerichtshof den Ausschluß der Öffentlichkeit während der Dauer der Verhandlung. Der Staatsanwalt hielt die Schuld des Angeklagten im Sinne der Anklage für erwiesen und beantragte ein Jahr Gefängnis. Nach zweistündiger Beratung verurteilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lieber, das Urteil dahin: In der ersten infrimierten Nummer handelt es sich um einen Artikel „Errungenenschaft“, in welchem der deutsche Unteroffiziersstand beleidigt wird. Gleichzeitig wird in diesem Artikel eine Staatseinrichtung, nämlich die Altersversicherung, durch Behauptung unwahrer Tatsachen verächtlich gemacht, indem behauptet wird, daß die Beiträge für diese Versicherung in Wirklichkeit ganz allein von den Arbeitern zu tragen sind und daß die Einrichtung der Quittungskarten nur als Urkasbrief anzusehen ist, damit die Arbeitgeber in der Lage sind, unbequeme Arbeiter zu kennzeichnen. In einem weiteren Artikel „Der Patriotismus als Stütze der kapitalistischen Gesellschaft“ ist eine Aufforderung zum Klassenhaß enthalten, in dem dritten Artikel „Seid Antimilitaristen“ eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze. Was die Strafzumessung betrifft, so hat der Gerichtshof erwogen, daß der Angeklagte schon eine Vorstrafe wegen ähnlicher Vergehen in Höhe von drei Monaten erlitten hat, ferner, daß den Bestrebungen, die bestehende Ordnung zu unterminieren, mit aller Schärfe von denjenigen, die die bestehende Ordnung zu schützen haben, entgegengetreten werden muß. Es war ferner zu erwägen, daß die Schreiber solcher Artikel sicher in ihrem Redaktionszimmer sitzen, diejenigen aber, auf die solche aufreizende Artikel wirken sollen, sich die Köpfe einrennen und viel Unglück über sie gebracht wird. Deshalb hat der Gerichtshof auf ein Jahr Gefängnis erkannt und dem Angeklagten einen Monat Untersuchungshaft angerechnet.

Das horrende Strafmaß ist, wie die Urteilsbegründung zeigt, auf politische Gründe zurückzuführen. Eine Rechtspredigt, die von politischen Motiven getragen ist, ist das Stehrbild einer Gerechtigkeit, die nach dem Zuständnis des trefflichen Juristen Brüggemann um so ängstlicher sich vor der politischen Leidenschaft hüten soll, je ferner der Richter den Ansichten des Angeklagten steht. Lediglich durch solches Anschauungen des Gerichts konnten dies zu der Ansicht verleiten, das Altersversicherungs-gesetz werde verächtlich gemacht, weil durchaus der Wahrheit entsprechend behauptet war, die Kassen der Versicherung werden allein von den Arbeitern getragen. Freilich hat der Arbeiter und der Arbeitgeber je die Hälfte der Markenbeiträge zu zahlen. Der Teil, den hiernach nominell der Arbeitgeber zahlt, ist aber nicht weniger als ein von vornherein feststehender Teil des Lohnes. In Wahrheit trägt demnach auch den Teil der Markenbeiträge, den der Arbeitgeber zu entrichten hat, der Arbeiter. Das ist keineswegs lediglich anarchische oder sozialdemokratische Ansicht, sondern eine Ansicht, die von Mitgliedern aller Parteien ausgesprochen ist: wir erinnern unter anderem an die Darlegungen des verstorbenen konservativen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker. Gleiche Urteile über die Natur des vom Arbeitgeber zu zahlenden Beitrages haben liberale und Zentrumsabgeordnete gefällt. Jeder, der nationalökonomische Kenntnisse besitzt und die Gründe für die Höhe oder Tiefe des Lohnes kennt, auf den wirklichen Zusammenhang der Dinge eingehen und nicht an der Oberfläche der Erscheinungen haften bleibt, wird die vom Landgericht als „wissentlich unwahre Behauptung“ mit hoher Gefängnisstrafe belegte Anschauung vertreten müssen. Der Angeklagte ist in diesem Punkt — der Inhalt der anderen Artikel ist aus der vorstehenden Urteilsbegründung nicht zu entnehmen — völlig ungerichtet bestraft. Der Widerspruch des Urteils mit der Gerechtigkeit ist freilich weit weniger den einzelnen Richtern als dem System zur Last zu legen, das immer mehr darauf ausgeht, statt über das Vorliegen von Tatsachen über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit politischer oder wissenschaftlicher Ansichten Gerichte entscheiden zu lassen. Eine solche Entscheidung ist mit dem Zweck einer gerechten Justiz unvereinbar und übersteigt die Fähigkeiten auch des gelehrtesten Richters.

### Deutsche Politik.

#### Bülow und der Freisinn.

In einem Artikel der „Welt am Montag“, der die Ueberschrift „Fort mit Bülow“ trägt, schreibt Herr von Gerlach:

Das Volk ging auf die Straße, um schweigend durch sein bloßes Erscheinen zu protestieren gegen die Mißhandlung durch die Regierung. Die Polizei wurde losgelassen auf die wenn auch empörte doch friedliche Menge. Blut wurde vergossen. Und da setzten sich die freisinnigen Leitartikel zu Tausenden hin und entrüsteten sich über die Demonstrationen. Ja, zum Teufel, soll unser Volk sich denn in Quadebemat alles gefallen lassen? Gott sei Dank, daß nicht kaltes Fischblut durch seine Adern kriecht, daß Millionen von Frauen und Männern die Herzen beben und die Schläfen hämmern, wenn man die Rechte des Volkes mit Füßen tritt. Verzweifeln müßte man an unseren Arbeitern, wenn sie ruhig in ihren Wohnungen geblieben oder zum gemütlichen Schoppen gegangen wären, nachdem ihnen Bülow den Fehdehandschuh hingeworfen hat. Dann könnten die Reaktionsäre mit Recht höflich, daß das Volk augenscheinlich selber am Wahlrecht gar nicht interessiert sei.

Ein Edel überkommt einem, wenn man sieht, wie ein Teil des sogenannten Liberalismus sich jetzt gebärdet.

Der Liberalismus kann Bülow besitzigen. Nur das traurige Vertrauensvotum vom 4. Dezember hat ihn im Amte erhalten. Wird ihm jetzt das Mißtrauensvotum, das ihm der tapfere Dr. Rothhoff ausgestellt hat, von den gesamten freisinnigen Fraktionen erteilt, so muß er demissionieren. Der psychologische Moment ist freilich schon verpaßt. Schlag hätte auf Schlag folgen müssen. Am 10. Januar hätte der Liberalismus der Kanzlerschaft Bülow ein Ende machen müssen. Aber der Schaden kann zum Teil wenigstens noch gut gemacht werden. Nur rasch muß gehandelt werden. Jeder Tag Börgern bedeutet einen Verlust an moralischem Kapital für den Freisinn. Findet er nicht bald das erlösende Wort, so wird es von ihm heißen: O, daß du doch kalt oder warm wärst! Aber du bist lau, speie ich dich aus!

#### Der Terrorismus des Dreiklassenwahlrechts.

Bürgerliche Blätter brachten dieser Tage folgende Mitteilung mit Randbemerkung:

Am Abend des Tages, an dem von der Regierung der freisinnige Wahlrechtsantrag glatt abgelehnt worden war — am Freitag, den 10. Januar 1908 — flocht Herr Gothein folgende Bemerkung in seinen Vortrag: „Heute sprach mich im Reichstag Kollege Bebel an. Er sagte, daß er vom Landtag wenigstens erwartet habe, daß man das geheime Wahlrecht gewähre; denn im Norden und Osten von Berlin seien ja der kleine Bäcker und Fleischer durch das bestehende Wahlrecht gezwungen, sozialdemokratisch zu wählen. Und diese Leute seien doch gar keine Sozialdemokraten!“

Was wird die Sozialdemokratie zu diesem Bekenntnis Bebel's sagen? Vom Wahlterrorismus spricht die Sozialdemokratie doch nur im bürgerlichen Lager, während ihn Bebel zum guten Ton der Sozialdemokratie zu rechnen scheint.

Dazu schreibt Genosse Bebel dem „Vorwärts“:

„Ich kenne nicht den Wortlaut der Ausführungen, die der Abgeordnete Gothein in der Versammlung vom 10. Jan. über den Inhalt meiner Privatunterhaltung an jenem Tage mit ihm gemacht hat. Die Darstellung der bürgerlichen Presse entspricht jedenfalls nicht meinen Äußerungen. Ich äußerte dem Abg. Gothein gegenüber, daß die preußische Regierung ein Entgegenkommen in der Wahlrechtsfrage zeige, hätte ich selbstverständlich nicht geglaubt; daß sie aber auch ablehne, die geheime Abstimmung einzuführen, zeige ein Maß von Beschränktheit, das ich nicht erwartet hätte. An der geheimen Stimmabgabe seien doch auch die abseits stehenden bürgerlichen Parteien im höchsten Maße interessiert, und so hätte schon die Rücksicht auf den Bloß zu dieser Aenderung führen müssen. Die Folge werde sein, daß sich dem Terrorismus von oben — wie er bisher bei den Landtagswahlen geübt worden sei — der Terrorismus von unten entgegenstelle. Ich hätte bisher jeden Versuch, einen solchen Terrorismus zur Geltung zu bringen, bekämpft. Nach Bülow's Erklärung sei jedoch zu erwarten, daß künftig Gleiches mit Gleichem vergolten werde. Am meisten würden darunter diejenigen bürgerlichen Elemente leiden, die nach ihrer Stellung, wie zum Beispiel Bäcker- und Fleischermeister, in den Arbeiterquartieren meist nicht zu uns gehörten, aber dann aus Furcht vor dem Boykott sozialdemokratisch stimmen müßten. Von diesen Ausführungen nehme ich kein Wort zurück.“

#### Ordensausverkauf zu herabgesetzten Preisen.

Fürst Bülow hat dem Volke kein Recht zu gewähren, desto mehr Orden hat er für Volksvertreter. Am Tage des Ordensfestes hat er mit den beliebten bunten Schmuckstücken wie besinnungslos herumgeworfen. Das Lustigste ist zweifellos, daß auch Zentrumsführer

wie die Herren Spahn, Herold, Wellstein, Porsch und Am Jahnhoff mit Orden bedacht worden sind. Herr Spahn kann sich sogar mit dem roten Vogel dritter Güte schmücken, während das freisinnige und zum Teil auch das national-liberale Gesinde in die vierte Klasse desselben Ordens verwiesen ist. Die Partei der „nationalliberalen Arranganz“, gegen die die Regierung vor Jahresfrist den Keimischen Stinbomdenkrieg führte, das antinationale, unpatriotische, verräterische Zentrum ist mit glänzenden Sternen geradezu überschüttet worden. Sie hat freilich, von der Reitsch des Herrn gejudigt, schließlich alles getan, um sich diese Aufnahme in die alte Gunst bündlings zu erkriechen.

Von den Freisinnigen haben Kaempf (als Präsident), Gylhing, Mugdan, Wiemer, Eichhoff, Fischbed und Müntzberg ihren Vohn dahin. Offenbar für — „Tapsereit im Wahlrechtskampfe“! Leider gehört auch der alte Herr Schrader mit auf die Liste.

Die getauften Juden Friedberg und Mugdan paaren sich mit den rüben Antisemiten Ratmann und Liebermann von Sonnenberg.

Von den anderen Bülowritten sind noch kurz hervorzuheben: Hieber, Semmler, Wassermann, Bahn, Prinz Schönau-Carolath (nationalliberal), Graf Carmer, Derfel, v. Normann, v. Seydebrand, Kreth und v. Erffa (konservativ).

Alle Präsidenten des Reichstages und des Abgeordnetenhauses wurden deforziert, nur Herr Paasche nicht, der bei der Besprechung des Soffandals einige Bemerkungen gewagt hatte, die unangenehm auffielen. Seine Deforzierung scheint höheren Orts auf Widerstand gestoßen zu sein, sicher nicht bei Bülow, dessen Freigebigkeit diesmal keine Grenzen kannte. Dieser Ordensregen ist das Angstprodukt eines banferrotten Ministers.

**Leo Tolstoj über die preussische Polenpolitik.**

Der greise russische Dichter Graf Leo Tolstoj schreibt im „Matin“:

Ich empfinde mehr Mitleid mit den Schöpfern und Vollziehern dieses Plünderungsgedankens als mit den Opfern; diese werden die bessere Rolle spielen. — In einem anderen Lande und unter anderen Verhältnissen werden sie bleiben, was sie gewesen sind. Aber ich beklage die Unterdrückten, beklage die Menschen, die einem Volk, einem Staat von Räubern angehören und sich mit ihm solidarisch erklären.

**Ursachen der Prügelpädagogik.**

Im Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenversammlung steht gegenwärtig der Kultusetat zur Beratung. Dabei kamen die Schulprüfungen und die Schulgottesdienste zur Sprache, welche letztere bei ihrem Stattfinden in frühester Morgenstunde eine unverantwortliche Härte in sich schließen. Allgemein rang sich der Gedanke durch, daß wertvoller als die ordentlichen Schulprüfungen die außerordentlichen seien. Abg. Schubert (natl.), Vorsitzender des bayerischen Volksschullehrervereins, bemerkte dabei, daß dieser Verein für seine Mitglieder den Haftpflichtzuschuß eingeführt habe. Es habe sich ergeben, daß die meisten Ueberführungen des Zuchtigungsrechtes in die Zeit der Schulprüfungen fallen (Januar bis April), deren Vorbereitung manchen Lehrer zum Stod greifen lasse.

**Köpenick ist vergessen!**

Ein verheirateter Arbeiter in Nürnberg hatte wegen Betrugs eine Gefängnisstrafe zu verbüßen. Kurz vor seiner Entlassung aus der Strafanstalt wurde ihm eröffnet, daß ihn der Stadtmagistrat Nürnberg aus der Stadt ausgewiesen habe. Auf sein Ersuchen wurde ihm ein Aufenthalt von 7 Tagen gewährt, um seine Familienangelegenheiten regeln zu können. Seine Frau ist seit 10 Jahren bei einem Nürnberger Fabrikanten beschäftigt, der sich bereit erklärte, auch den Mann in Arbeit zu nehmen. In Rücksicht darauf richtete er an den Magistrat ein Gesuch, von seiner Ausweisung Abstand zu nehmen, in der gleichen Richtung verwendete sich der Unternehmer für ihn. Er wartete wochenlang auf eine Entscheidung und

begab sich zuletzt aufs Rathaus, um sich nach dem Schicksal seines Besuches zu erkundigen. Dort wurde er, nachdem man ihm eröffnet, daß sein Besuch abgewiesen, von der Seite seines zehnjährigen Sohnes weg, der sich in seiner Begleitung befand, verhaftet, dem Amtsrichter vorgeführt und mit zwei Tagen Haft wegen Vandalismus bestraft. Die brutale Polizeigewalt kennt kein Erbarmen, sie läßt die ihr verliehene Machtbefugnis bis zum äußersten aus. Daß die Familie des Bedauernswerten, der seinen Fehltritt aufrichtig bereut, auseinandergerissen wird, kümmert die Polizeiseelen nichts. Köpenick ist tatsächlich schon wieder vergessen.

**Ausland.**

**Italien.**

Eine Märtyrerin für die Sache des Proletariats. Vor kurzem wurde die Revolutionärin Maria Nigrier von dem Mailänder Gericht zu 32 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie soll sich der Aufregung, Gewalttätigkeiten, Gefangenenerleichterung usw. schuldig gemacht haben. Maria Nigrier ist die Tochter eines polnischen Künstlers und einer Italienerin. Sie hat in Warschau eine ausgezeichnete Erziehung genossen, mußte dann wegen ihres Gesundheitszustandes nach Italien (wo auch ihre Eltern leben), wo sie sich der hyndikalischen Bewegung anschloß. Ihre glänzende Begabung führte sie bald an die Spitze der Bewegung, sie wurde Redactrice des „Nota di Classe“ („Klassenkampf“).

**Rußland.**

Gefängnisgräuelt. Der Dumaabgeordnete Tschcheidie erhielt von den Genossen Tschaparidse (Abg. d. 1. Duma) und Gegetschori (Abg. d. 3. Duma) folgendes Telegramm aus Kutais (Kaukasus):

„Im Gouvernementsgefängnis haben 700 Gefangene den Hungerstreik begonnen. Das Gefängnis ist äußerst überfüllt. Es mangelt an Frischfleisch. Ein Teil der Gefangenen schläft auf dem Zementboden. Die Wäsche wird in den Belen gewaschen. Die Schmutzfäße werden tagelang nicht gereinigt. Es finden Massenerkrankungen statt... Die Wadestube und Toilette sind gesperrt. Heute sind drei von den Gefangenen gestorben.“

**Amerika.**

Erwerbende Frauen in den Vereinigten Staaten. Das Arbeitsamt von Washington hat eine interessante Statistik über die Frauenarbeit in den Vereinigten Staaten Nordamerikas veröffentlicht. Wir erfahren daraus, daß insgesamt 4 823 400 Frauen eine Erwerbstätigkeit ausüben; es ist das ein Fünftel der gesamten weiblichen Bevölkerung, die in den Vereinigten Staaten 23 485 500 beträgt. Das Arbeitsamt hat die Zählung nach Rasse und Abstammung vorgenommen. Zu den Vollblut-Amerikanerinnen (Yankees) werden diejenigen gerechnet, deren Vorfahren mindestens schon während 2 Generationen in den Vereinigten Staaten sich aufhielten. Von diesen sind 1 771 900 beruflich tätig. Sodann folgen diejenigen Mädchen und Frauen, die erst auf eine Generation in der Yankee-Republik zurüchbildeten können, es sind das also Töchter von Immigranten. Diese Klasse ist mit 1 090 700 beteiligt. Es folgen dann die Einwanderer selbst mit 840 000. Sodann die schwarze Rasse mit 1 119 600 und endlich die Indianer, Japanerinnen und Chinesen mit 120.

Die Frauenarbeit erstreckt sich auf fast alle Berufe, in nicht weniger denn 303 verschiedene Professionen ist sie eingedrungen. Da finden wir u. a. 5 Frauen als Köffen, 10 Gepädträgerinnen, 30 Kutscherinnen, 7 Zugführerinnen, 185 Schmiede, 503 Maschinbaurinnen, 45 weibliche Mechaniker, 8 Seizer usw.; in einer anderen Richtung 3400 weibliche Prediger und Geistliche, 1037 Architekten und Zeichner, 2193 Journalisten, 1010 Advokaten usw.

Die Vorurteile der Rasse in der nordamerikanischen Republik sind sehr ausgeprägt und so gelangen z. B. die Negerinnen nur sehr schwer in die höheren Stufen gewerblicher oder geistiger Arbeit. Die schwarzen Frauen und Mädchen sind meist in der Landwirtschaft,

den Wäschereien und als Dienftboten tätig. Wie zur Zeit der Sklaverei, so liefern sie auch heute die Mehrzahl der Arbeiterinnen, die in den Baumwollplantagen der Südstaaten für geringen Lohn und bei schlechter Behandlung frohnden. Unter den 456 000 Frauen, die in der Landwirtschaft überhaupt tätig sind, befinden sich 361 800 Negerinnen. Die Tätigkeit in den Wäschereien gilt als noch geringer. Neben 50 000 Japanern sind in diesen 325 000 Frauen beschäftigt, wovon 65 Prozent Negerinnen. Eigentliche Amerikanerinnen sind hierbei nur mit 12 Prozent beteiligt. Die Töchter der Immigranten sind am meisten in der Textil-, Bekleidungs-, der Wäscheindustrie und auch im Handel und Verkehr als Verkäuferinnen, Stenographinnen usw. beschäftigt. Im Handel wurden als Verkäuferinnen usw. 142 000 Frauen gezählt; Yankees und Immigranten sind hierbei in ziemlich gleicher Zahl vertreten. Von den 85 000 Stenographinnen sind 53 Prozent Amerikanerinnen, der Rest Immigrantinnen. Die Stenographie hat in Amerika einen riesigen Aufschwung genommen. Im Jahre 1890 wurden erst 154 Personen gezählt, welche sich der Kenntnis der Stenographie erfreuten. Erst nach 1890 wurde die Stenographie allgemeiner betrieben. Von 1890 bis 1900 stieg die Zahl der Stenographen um 64 000. Heute wird die Stenographie in den Schulen der Vereinigten Staaten gelehrt. — In den öffentlichen Diensten (Post, Telegraphie, Telefon usw.) sind insgesamt 630 000 Personen tätig. Hiervon sind 81 000 Frauen und zwar 50 Prozent Amerikanerinnen alter Generationen und 40 Prozent der ersten Generation angehörig; unter den letzteren ist die Mehrzahl Deutsche und Irlanderinnen.

Recht interessant sind die Angaben über die Farmen. Diese werden vielfach von den Frauen und Töchtern der Farmen selbständig verwaltem. Aber auch als Pächterinnen treten die Frauen auf und zwar finden wir unter diesen auch eine erhebliche Anzahl von Negerinnen. Von 5 674 800 Farmern sind 307 700 Frauen und davon 658 Prozent Yankees.

Sehr stark ist auch die Beteiligung des weiblichen Geschlechts an dem Berufe der Lehrerinnen, Erzieherinnen usw. 327 000 Frauen haben sich dieser Tätigkeit gewidmet. 62,5 Prozent davon sind Amerikanerinnen. Hier ist aber auch das eingewanderte Element sehr stark beteiligt und selbst die Negerinnen stellen 13 400 ihrer Rasse zu diesem Berufe. Die Letzteren sind meist als Lehrerin für die schwarze Bevölkerung tätig.

Was das Alter der gewerblichen Frauen anlangt, so sind naturgemäß die Altersstufen bis zur Heiratsfähigkeit vorwiegend. Nach 35 Jahren ist eine erhebliche Abnahme zu verzeichnen, immerhin wurden noch 440 000 erwerbstätige Frauen gezählt im Alter von 44 bis 54 Jahren. 256 000 waren noch im Alter von 55 bis 64 Jahren und 138 000 sogar noch im Alter von über 64 Jahren tätig. Bei den höheren Altersstufen sind die Negerinnen am meisten beteiligt. In der Stenographie, Kontor, Mode, Textil- und Bekleidungsindustrie überwiegen die jugendlichen Altersstufen bis zum 24. Jahre.

Sicherlich hat die Liebe zur Unabhängigkeit, die in der amerikanischen Bevölkerung tiefe Wurzeln geschlagen hat, viel dazu beigetragen, daß hier die Frauenarbeit schon immer weit verbreitet war. Aber es sind nicht bloß Ursachen moralischer und intellektueller Natur, sondern auch in Amerika sind es vor allem die sozialen Verhältnisse, welche die Frau aus der Familie hinaustreiben in die Arena der Arbeit.

**Badischer Landtag.**

**Zweite Kammer.**

Karlsruhe, 21. Jan.

Präsident Behrenbach eröffnet 10 Uhr die Sitzung.

Abg. Fröhlich (freis.) betont, daß die badischen Subalternbeamten einen Vergleich mit anderen Staaten nicht zu scheuen brauchen. Seine Ausführungen über den Fall Gau seien seitens des Abg. Obkircher und der Regierung mißverstanden worden. Er wolle nur an Hand dieses Falles die Reformbedürftigkeit

Ich befehle mich daher Gottes Führung, zog meine Violine hervor und spielte alle meine liebsten Stücke durch, daß es recht fröhlich in dem einsamen Walde erklang.

Mit dem Spielen ging es aber auch nicht lange, denn ich stolperte dabei jeden Augenblick über die fatalen Baumwurzeln, auch ging mich zuletzt an zu hungern und der Wald wollte noch immer gar kein Ende nehmen. So irrte ich den ganzen Tag herum und die Sonne schien schon schief zwischen den Baumstämmen hindurch, als ich endlich in ein kleines Wiesental hinaustam, das rings von Bergen eingeschlossen und voller roter und gelber Blumen war, über denen unzählige Schmetterlinge im Abendgolde herumflatterten.

Hier war es so einsam, als läge die Welt wohl hundert Meilen weit weg. Nur die Heimgen gipften und ein Fichte lag drüben im hohen Grase und blies so melancholisch auf seiner Schälmei, daß einem das Herz vor Wehmut hätte zerpringen mögen. Ja, dachte ich bei mir, wer es so gut hätte, wie so ein Faulenzler! Unser einer muß sich in der Fremde herumschlagen und immer attent sein. — Da ein schönes, klares Plüchden zwischen uns lag, über das ich nicht herüber konnte, so rief ich ihm von weitem zu: wo hier das nächste Dorf läge? Er ließ sich aber nicht hören, sondern streckte nur den Kopf ein wenig aus dem Grase hervor, wies mit seiner Schälmei auf den andern Wald hin und blies ruhig wieder weiter.

Unterdess marschierete ich fleißig fort, denn es fing schon an zu dämmern. Die Vögel, die alle noch ein großes Geschrei gemacht hatten, als die letzten Sonnenstrahlen durch den Wald schimmerten, wurden auf einmal still und mir fing beinahe ein Angst zu werden in dem ewigen, einsamen Rauschen der Wälder. Endlich hörte ich von ferne Hunde bellen. Ich schritt rascher fort, der Wald wurde immer lichter und lichter und bald darauf sah ich zwischen den letzten Bäumen hindurch einen schönen grünen Platz, auf dem viele Kinder larmten und sich um eine große Linde herumtummelten, die recht in der Mitte stand. Weiterhin an dem Blage war ein Wirtshaus, vor dem einige Bauern um einen Tisch saßen und Karten spielten und Tabak rauchten. Von der andern Seite sahen junge Burschen und Mädchen vor der Tür, die die Arme in ihre Schürzen genickelt hatten und in der Stühle miteinander plauderten.

(Fortsetzung folgt.)

**Aus dem Leben eines Caugenichts.**

Novelle von Joseph Freiherrn von Eichendorff.

8) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Als ich eine Straße so fortgewandert war, sah ich rechts von der Straße einen sehr schönen Baumgarten, wo die Morgen-sonne so lustig zwischen den Stämmen und Wipfeln hindurchschimmerte, daß es aussah, als wäre der Rasen mit goldenen Teppichen belegt. Da ich keinen Menschen erblickte, hing ich über den niedrigen Gartenzaun und legte mich recht behaglich unter einem Apfelbaum ins Gras, denn von dem gestrigen Nachtlager auf dem Baume taten mir noch alle Glieder wehe. Da konnte man weit ins Land hinaussehen und da es Sonntag war, so kamen bis aus der weitesten Ferne Glodentlängen über die stillen Felder herüber und gepukte Landleute zogen überall zwischen Wiesen und Büschen nach der Kirche. Ich war recht fröhlich im Herzen, die Vögel sangen über mir im Baume, ich dachte an meine Mühle und an den Garten der schönen gnädigen Frau und wie das alles nun so weit, weit lag — bis ich zuletzt einschlummerte. Da träumte mir, als käme diese schöne Frau aus der prächtigen Gegend unten zu mir gegangen oder eigentlich langsam geflogen zwischen den Glodentlängen, mit langen, weißen Schleitern, die im Morgenrote wehten. Dann war es wieder, als wären wir gar nicht in der Fremde, sondern bei meinem Dorfe an der Mühle in den tiefen Schattten. Aber da war alles still und leer, wie wenn die Leute Sonntags in der Kirche sind und nur der Orgelklang durch die Bäume herüberkommt, daß es mir recht im Herzen wehe tat. Die schöne Frau aber war sehr gut und freundlich, sie hielt mich an der Hand und ging mit mir und sang in einem fort in dieser Einsamkeit das schöne Lied, das sie damals immer früh morgens am offenen Fenster zur Gitarre gesungen hat und ich sah dabei ihr Bild in dem stillen Weißer, noch viel tausendmal schöner, aber mit sonderbaren großen Augen, die mich so starr ansahen, daß ich mich beinahe gefürchtet hätte. — Da fing auf einmal die Mühle, erst in einzelnen langsamen Schlägen, dann immer schneller und heftiger an zu gehen und zu brausen, der Weißer wurde dunkel und kräuselte sich, die schöne Frau wurde ganz bleich und ihre Schleiern wurden immer länger und flatterten endlich in

langen Spitzen, wie Nebelstreifen, hoch am Himmel empor; das Saufen nahm immer mehr zu, oft war es, als bliese der Bortier auf seinem Jagot dazwischen, bis ich endlich mit heftigem Herzklopfen aufwachte.

Es hatte sich wirklich ein Wind erhoben, der leise über mir durch den Apfelbaum ging; aber was so brausete und rumorte, war weder die Mühle noch der Bortier, sondern derselbe Bauer, der mir vorhin den Weg nach Italien nicht zeigen wollte. Er hatte aber seinen Sonntagstaat ausgezogen und stand in einem weißen Kamisol vor mir. „Na,“ sagte er, da ich mir noch den Schlaf aus den Augen wischte, „will Er etwa hier Poperengen hauben, das den Augen schöne Gras so zertrampelt, anstatt in die Kirche zu gehen, Er Faulenzler!“ — Mich ärgerte es nur, daß mich der Grobian aufgeweckt hatte. Ich sprang ganz erhört auf und versetzte geschwind: „Was, Er will mich hier ausschimpfen? Ich bin Gärtner gewesen, eh? Er daran dachte und Einnehmer und wenn Er zur Stadt gefahren wäre, hätte Er die schmierige Schlafmütze vor mir abnehmen müssen und hatte mein Haus und meinen roten Schlafrock mit gelben Punkten.“ — Aber der Knollfink scherte sich gar nichts darum, sondern stemmte beide Arme in die Seiten und sagte bloß: „Was will Er denn? he! he!“ Dabei sah ich, daß es eigentlich ein kurzer, stämmiger, frumm-beiniger Kerl war und vorstehende glöckende Augen und eine rote, etwas schiefe Nase hatte. Und wie er immerfort nichts weiter sagte als: „he! — he!“ — und dabei jedesmal einen Schritt näher auf mich zukam, da überfiel mich auf einmal eine so kuriose grausliche Angst, daß ich mich schnell aufmachte, über den Zaun sprang und, ohne mich umzusehen, immerfort querfeldein lief, daß mir die Geige in der Tasche klang.

Als ich endlich wieder still hielt, um Atem zu schöpfen, war der Garten und das ganze Tal nicht mehr zu sehen und ich stand in einem schönen Walde. Aber ich gab nicht viel darauf acht, denn jetzt ärgerte mich das Spektakel erst recht und daß der Kerl mich immer Er nannte und ich schimpfte noch lange im stillen bei mir. In solchen Gedanken ging ich rasch fort und kam immer mehr von der Landstraße ab, mitten in das Gebirge hinein. Der Holzweg, auf dem ich fortgelaufen war, hörte auf und ich hatte nur noch einen kleinen, wenig betretenen Fußsteig vor mir. Ringsum war niemand zu sehen und kein Laut zu vernehmen. Sonst aber war es recht anmutig zu geben, die Wipfel der Bäume rauschten und die Vögel sangen sehr schön.

des Strohpfeils vorzuziehen er schließt er ungünstig ab. Abg. Leibiger (natl.) über die no. legende Opfer zum Vortum Wahrung hat sei au den. Daß Mannheim Staatsanwalter, Rechner, fr. genommen Abg. 4. der in die Partei ein fernhalten mand best. anwalt zu Rechner be umguckau seitige Me schen kenn den der Beha den der sei erstaur abhängige Sozialdem Oberf der Regie brachten Jungmann fassung vo zurückzu Der ganz beson genommen der Lüge Solonialp. tatsächlich stime“ die Ankl. fe n. D. lische Ver. Man soll schwaress anwaltsh. Es hat 7 Jahre geierte, tr wurde zu sprech Mann (a. l. t. e. n. aution mindeste der erit dieses B. daß gege fahren es etwas vo handelt, selbst da Verfaher noch nicht in diese ordnung später al stellen be lauf, als richters Die Ober „G. traft aus rufen g. gestern l. guten M. gerade b. fallend t. darin st. fe wieder nun nach wird sie gestern t. schieden weiterzu weisen. Wechsel. O. I. g. a. l. e. g. e. g. e. i. g. t. einem a. gehenden Seite a. befügt bathisch außerst elastisch nehmen Hauptsa. find. G. nügen und se. angenef

Die zur Zeit lehrzahl der in der Süd- Behaudlung der Land- 361 800 ...

des Strafprozesses darlegen. Die Behauptung, daß Geschwörig- seiten vorgekommen seien, hält Redner aufrecht. Im übrigen schließt er sich den Ausführungen Benedek an. Der Verteidig- ung müßten weitere Rechte eingeräumt werden. Abg. Obkircher (natl.) kann den Vorwurf gegen den Ver- leidiger Haus nicht zurücknehmen, daß dieser die öffent- liche Meinung zu beeinflussen gesucht habe. Redner bestreitet, daß den Schülern der Mittelschulen gegen- über zu nachsichtig verfahren würde. Er betont bei dieser Ge- legenheit, daß es besser wäre, die Städte würden ihre finanziellen Opfer mehr den Volksschulen als den Mittelschulen zuwenden zum Vorteil der Bevölkerung. Im Falle Ged habe es sich nicht um Wahrung des Redaktionsgeheimnisses gehandelt. Die Zwangs- haft sei auf Anordnung des Untersuchungsrichters verhängt wor- den. Daß dieser korrekt verfahren, hätten auch das Landgericht Mannheim und das Oberlandesgericht anerkannt. Der erste Staatsanwalt in Mannheim sei ein Mann von Pflicht und er, Redner, freue sich, daß dieser Beamte vom Minister in Schutz genommen wurde. Abg. Obkircher ist auch der Meinung, daß sich ein Beamter, der in die Lage kommen kann, gegen die Presse dieser oder jener Partei einschreiten zu müssen, vom öffentlichen politischen Leben fernhalten solle; aber seine politische Meinung könne ihm nie- mand beschneiden. Es sei kein Fall bekannt, in dem Staats- anwalt Jungmann in Mannheim öffentlich aufgetreten sei. Redner betont, welche Vorteile es habe, sich im politischen Leben umgesehen. Dadurch werde der Mann eingeweiht in gegen- seitige Meinungen, er werde gestärkt und lerne auch den Men- schen kennen. Hoch auf den Scheffel gestellt zu werden verdiene die Behauptung des Abg. Pfeiffle, daß es Fälle geben könne, in denen der Justizminister gegen Richter einschreiten müsse. Es sei erstaunlich, daß man hier das hohe Gut der richterlichen Un- abhängigkeit in Frage stellen wolle, nur weil es sich um einen Sozialdemokraten handle. Oberstaatsanwalt Duffner berührt nochmals die Stellung der Regierung zu den im Anschluß an den Fall Hau vorge- brachten Beschwerden. Der Vorwurf gegen den Staatsanwalt Jungmanns, daß diesen bei seinem Vorgehen, besonders bei Ab- fassung von Anklageschriften, politischer Haß leite, sei entschieden zurückzuweisen. Abg. Süßkind (Soz.): Der Oberstaatsanwalt und Herr Obkircher haben sich ganz besonders des Ersten Staatsanwaltes in Mannheim an- genommen. Wenn der Herr Oberstaatsanwalt den Vorwurf der Lüge in der Anklageschrift gegen Ged in Sachen des Kolonialprozesses verteidigte, so muß ich dagegen feststellen, daß tatsächlich mehrere solcher Wiber der Redaktion der „Volks- stimme“ vorgelegen haben. Das Schwurgericht hat denn auch die Anklage der verleumderrischen Anklage verwor- ren. Der Artikel der „Volksstimme“ hat nur das bestia- tische Verhalten bei den Hinrichtungen in Afrika geißeln wollen. Man sollte in den Anklageschriften es vermeiden, auf die Ge- schworenen einzuwirken zu wollen. Der Kronzeuge der Staats- anwaltschaft in diesem Afrikanerprozeß hat vollständig verjagt. Es hat unangenehm berührt, daß dem Redakteur Ged, der 7 Jahre lang ohne bestrafung zu werden, die „Volksstimme“ rebi- gierte, in der Anklageschrift der Vorwurf der Lüge gemacht wurde und daß er in diesem Prozeß zu Gefängnis verurteilt wurde. Ich will nun noch einmal kurz auf die Schnupftabakgeschichte zu sprechen kommen. Man hat Appel, einen 67jährigen jungen Mann (Stürmische Heiterkeit) ich wollte sagen 67jährigen alten Mann zweimal verhaftet und später 10 000 Mark Kaution für die Freilassung gefordert. Dazu lag nicht die mindeste Veranlassung vor. Auch den Geschäftsführer Ling, der erst kurz zuvor in das Geschäft eingetreten war, hat man in dieses Verfahren verwickelt. Herr Obkircher stützt sich darauf, daß gegen Ged nicht als Redakteur das Zeugniszwangsver- fahren eröffnet wurde. Nun, Ged konnte nur als Redakteur etwas von der Sache erfahren, er hat also durchaus richtig ge- handelt, als er das Zeugnis verweigerte. Im übrigen hat selbst das Oberlandesgericht zu verstehen gegeben, daß dieses Verfahren überhaupt besser unterblieben wäre. Bisher ist man noch nicht darauf eingegangen, daß der Untersuchungsrichter in dieser Sache offenbar die Vorschriften der Strafprozeß- ordnung verletzt hat, indem er Ged erst als Zeuge verurteilte, später aber ihn als Mittäter in dieser Sache unter Anklage zu stellen versuchte. Der Prozeß nahm sofort einen anderen Ver- lauf, als er später in die Hände eines anderen Untersuchungs- richters gelegt wurde.

Herr Obkircher hat meinen Kollegen Pfeiffle mißverstan- den. Pfeiffle hat nicht verlangt, daß der Minister gegen die Richter einschreiten soll, sondern er hat nur von dem Vorgehen des Mannheimer Staatsanwaltes gesprochen, speziell bei den sogenannten Streikvergehen. Welches Interesse hat die Defensiv- lichkeit an der Verfolgung von Verleumdungen der Streikbrecher. Mehr wie einmal hat es sich gezeigt, daß für Elemente das öffentliche Interesse beansprucht wurde, die schon mit schweren Strafen bestraft waren. Der Staatsminister hat den Be- griff des Streikbrechers völlig falsch definiert. Die Arbeiter betrachten eben, der während eines Streikes Arbeit nimmt und die Streikenden dadurch schädigt, als Streikbrecher. Das machen auch die Ärzte so, die ihre Streikbrecher vor das Landesgericht ziehen. Von den vom Mannheimer Staats- anwalt angeklagten Arbeitern, wurden verschiedene vom Ge- richt freigesprochen. Wer hat aber die geschädigten Arbeiter für ihren Zeitverlust entschädigt? In Ludenburg ist es vor- gekommen, daß Gendarmen in die Fabrik kamen, um die Arbeiter, die in den Streik eintreten wollten, aufzufordern, weiterzuarbeiten. Nur dem vernünftigen Vorgehen der Arbeiter ist es zu ver- danken, daß Konflikte daraus nicht entstanden sind. Es kommt oft vor, daß Streikende von Streikbrechern beleidigt werden. Ich habe aber noch nicht gehört, daß deshalb gegen die Streik- brecher Offizialklage erhoben worden wäre. Man sieht also, daß hier mit zweierlei Maß von der Staatsanwaltschaft ge- messen wird. Staatsminister v. Dusch: Ich möchte den Abg. Süßkind er- suchen, künftig nicht den Vorwurf gegen die Staatsanwaltschaft in Mannheim in solch allgemeiner Weise zu erheben, als ob es bei seinem Vorgehen auf die politische Stellung des zu Schützen- antonne, oder aber Beweise dafür zu erbringen. Abg. Benedek (Dem.) weist entschieden den vom Abg. Ob- kircher gegen den Verteidiger Haus erhobenen Vorwurf zurück. Dr. Dieß habe nicht das Mindeste gegenüber der Presse getan, was ihn in seinem Ansehen als Mensch und Anwalt schädigen könnte. Abg. Süßkind (Soz.) bemerkt gegenüber dem Minister, daß er das Material rasch bei- sammen haben werde. Zum Beweise für seine Behauptung führt er den Afrikanerprozeß an. Das Bild von der Hänge- zene sei in einer Reihe von Blättern erschienen, aber nur der Staatsanwalt von Mannheim habe es für gut befunden, einzu- schreiben. Genosse Dreßbach sei seinerzeit von Blättern in- samsther Weise beleidigt worden, er habe aber nicht den Schutz des Staatsanwaltes erhalten. Damit ist die Generaldiskussion beendet. Abg. Dr. Bing als Berichterstatter erhält das Schlusswort. Derselbe tritt der Anregung entgegen, die Frauen zur Entschei- dung über Ehecheidungssachen heranzuziehen. Unter Hinweis auf verschiedene Diskussionsreden betont Redner die Unab- hängigkeit des Richterstandes und tritt für Aufrechterhaltung des Legalitätsprinzips hinsichtlich der Staatsanwaltschaft ein. Die Ueberfüllung des Juristenberufs erklärt Redner außer dem Ge- hörten auch darin, daß viele Beamten meinen, eines ihrer Kinder müßte eine Stufe höher steigen; die Eltern vergewisserten sich zu wenig über die Befähigung ihrer Kinder. Es könnte nichts schaden, auch einmal eine Stufe hinunterzusteigen. Man würde sich dadurch nichts vergeben. Die Behauptung, daß nur die Söhne reicher Eltern das Studium ergreifen könnten, sei unhalt- bar. Wir wollten der Regierung mit dem Antrage zur Asses- sorenverordnung gewiß nicht Mißtrauen entgegenbringen. Es handle sich um eine schwierige Materie und er freue sich über das Entgegenkommen, welches die Regierung bewiesen. Der Fall Hau habe die Unzulänglichkeit und Bedenklichkeit der Bestim- mungen hinsichtlich der Voruntersuchung und der Stellung der Verteidigung in der Voruntersuchung in glänzendster Weise ge- zeigt. Nach dieser Richtung hin müsse bei Reform des Straf- prozesses größtes Gewicht gelegt werden. Die Budgetpositionen hätten keine Beanstandung gefunden und so wiederhole er den Antrag der Budgetkommission, es mögen die Anforderungen ge- nehmigt werden. Spezialbeobachtung. Beim Titel Landgerichte wünscht Abg. Obkircher, den Handelsrichtern das längere Verbleiben als solche dadurch zu ermöglichen, daß sie auch in einem höheren Rang und zwar in den des Landgerichtsrats eintreten können. Ministerialdirektor Hübsch sagt Berücksichtigung dieses Wun- sches zu. Abg. Wittum (nl.) stellt an die Regierung die Anfrage, wie sie sich zur Errichtung eines Landgerichts in Pforzheim stelle.

Ministerialdirektor Hübsch erklärt, daß die Errichtung eines Landgerichts in Pforzheim jetzt nicht zweckmäßig sei und zwar nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern weil abgewartet werden müsse, welchen Umfang die Kompetenz Amtsgerichte durch die Reform erhalte. Es werde dann jedenfalls eine Aenderung hinsichtlich der Landgerichte, besonders in Bezug auf den Per- sonalstand, eintreten. Die weitere Debatte bezieht sich haupt- sächlich auf die Besserung der Verhältnisse an einzelnen Amts- gerichten, hantliche Verstellungen usw. Einige Abgeordnete treten für Verrückung der Notariatsassistenten und Grundbuchhilfe- beamten ein. Abg. Nelzer (Ztr.) wünscht, daß auch solche unschuldig Ver- urteilte ohne weiteres Entschädigung erhalten, deren Angelegen- heit im Vorverfahren erledigt werde. Längere Erörterungen knüpfen sich an die Position von 4000 Mark für Förderung der Stenographie unter den Kanzlei- beamten. Abg. Muser (Dem.) wendet sich gegen die Bevorzugung des Gabelsberger Systems. Dadurch würden die Einigkeitsbestre- mungen der großen Systeme Gabelsberger und Stolze-Schrey ge- hindert. Geh. Oberreg.-Rat Treszger weist darauf hin, daß sich die Justizverwaltung aus praktischen Gründen für ein System en- dschieden müßte. Beweis dafür, daß die Regierung nicht ein- seitig vorgehe, sei die Pflege des Systems Stolze-Schrey in den Mittelschulen. Abg. Muser (Dem.) bringt den Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, die Summe von 4000 Mark zur Förderung beider Systeme zu verwenden. Staatsminister v. Dusch erklärt, prinzipiell stehe die Re- gierung auf dem objektiven Standpunkte beider Systeme gegen- über. In ein und demselben Dienstzweig sei aber praktisch die Anwendung nur eines Systems durchführbar. Auf den Antrag Muser könne daher nicht eingegangen werden. Abg. Behner (Zentr.) tritt den Ausführungen des Ministers bei. Er findet den Vorschlag unzulässig. Viel eher könnte man die 4000 Mark streichen und den Beamten überlassen, sich auf ihre Kosten in diesem oder jenem System auszubilden. Zudem sei ja in den Schulen die Freiheit der Konkurrenz gewährleistet. Der Antrag Muser wird schließlich mit 27 gegen 20 Stim- men abgelehnt. Der Beginn der allgemeinen Finanzdebatte in Verbindung mit der Interpellation Schäufele wird nach längerer Geschäfts- ordnungsdebatte auf Mittwoch halb 10 Uhr festgesetzt.

Badische Politik.

Klerikale Kampfweise.

Herr Pfarrer E k e r t in Egersweier hat einen langen Wandwurmartikel in die „Offenburger Zeitung“ lanciert, aus welcher auch die „Rendtaler Zeitung“ säugt. Das Produkt ist so voll von Unrichtigkeiten, Unwahrheiten, Verdächtigungen und Verläumdungen, daß man bei einer derart niedrigen Kampfweise von seiner Seite, sich eigentlich am besten nicht weiter mit ihm beschäftigen sollte. Die „Offenburger Zeitung“ wurde auch schon vom Arbeiter-Radfahrerverein zur Aufnahme folgender Ver- richtigung veranlaßt: Egersweier, 16. Jan. Auf den Artikel Ihres Blattes in Nr. 11 vom 15. Januar möchte ich dem E-Korrespondenten folgende Ver- richtigung zugehen lassen: 1. Es ist nicht wahr, daß der hiesige Arbeiter-Radfahrerverein sich dem deutschen Radfahrerbund „Solidarität“ angeschlossen hat, ohne daß die Mitglieder eine Ahnung davon gehabt haben. Es wurde in drei öffentlichen Versammlungen darüber disku- tiert, bis endlich neun Zehntel ihren Beitritt erklärten. 2. Es ist nicht wahr, daß bei der Christbaumfeier Gläser zer- brochen, geschwüre nur ein einziges gerschlagen wurde. Der Wirt kann hierüber die beste Auskunft geben. 3. Es ist ferner nicht wahr, daß die Nachbarschaft nur einen Grund gehabt hätte, die Gendarmen in Anspruch zu nehmen. Für irgend ein Vorkommnis wäre die Ortspolizei, die anwesend war, genügend gewesen. Arbeiter-Radfahrerverein. Markus Haberer, Schriftführer. Ferner ging von einer anderen Seite eine Verri- chtung an das genannte Blatt folgenden Inhaltes: Egersweier. Durch einen Passus in dem E-Artikel von hier in Nr. 11 ds. Bl. (Ankandbarkeit gegen den früheren Pfarrer) fühlt sich Herr Frd. Huber getroffen und erklärt dagegen in einer Zuschrift an uns: Es ist unwahr, daß ich der betreffende Korrespondent des „Volksfreund“ bin. Eben- sowenig hatte ich vorher Kenntnis von dem Erscheinen des Artikels. Ferner ist es unwahr, daß ich Wein oder Speisen noch sonstige Wohlthaten aus dem Pfarrhof erhalten habe. Hochwürden scheint also ganz anständig gelogen zu haben. In einem anderen Artikel in der „Offenburger Zei- tung“ schreibt Herr Pfarrer Ekert ferner: Also „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlge- fallen“, sollte nach dem „Volksfreund“ „am Christfest die Predigt lauten.“ Wo steht das geschrieben, daß sie so lauten sollte? Stehts vielleicht im Rituale des sozialdemo- kratischen Zukunftsstaates? Ja, dann will ich doch lieber Priester der katholischen Kirche sein, als Staatspfaff im „freibeitlichen“ Zukunftsstaat, wo mir an Sonn- und Feiertagen der Text vorgeschrieben wird. Die katholische Kirche läßt mir da doch mehr Freiheit, und so konnte ich an Weihnachten den Text benützen: „Wer wird, wie dieses Kind, der wird der größte sein im Himmelreich.“ Nach dem, was wir bis jetzt von ihm vernommen, soll er lieber „Staatspfaff“ der heutigen Kirche bleiben. Wir danken im Zukunftsstaat für solch einen Verkündiger der christlichen Liebe. Wir haben denn doch von dem sozial- ethischen Kern der Lehre des großen Nazareners und vor seiner Person eine viel zu hohe Meinung, als daß wir ihn zur Verkündigung seines Evangeliums als die geeig- nete Person betrachten könnten. Er ist jedenfalls nicht

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Die mit einermmale in den letzten Jahren populär gewordene Oper „Hoffmanns Erzählungen“ übt auch hier ihre Anziehungs- kraft aus. Man hat doch jetzt schon an einer Reihe von Auffüh- rungen die Probe auf dieses Exempel machen können und in fast ungeschwächtem Maße dauert dieser Erfolg fort. Auch gestern konnte man sich gelinde wundern über den ausnehmend guten Besuch, über die starke Interessennahme, die sich sonst gerade bei manchen im Grunde wertvolleren Werken weniger auf- fallend kundgibt. Allein es mag wohl ein Fünftelchen Verächtlung darin stecken, man hat die Oper früher stark unterschätzt, was sie wiederum nicht verdient, die Gefahr einer Ueberhöhung liegt nun natürlich sehr nahe. Sogar als Prüffstein für Stimmen wird sie für geeignet gefunden. Einen solchen Fall hatten wir gestern Abend. Fr. Lotte Kornar soll es offenbar nicht be- stehen sein, ihre hier mit gutem Erfolg begonnene Tätigkeit weiterzuführen, was die andauernden Gastspiele für ihr Fach be- weisen. Mag man über die Notwendigkeit eines diesbezüglichen Wechsels verschiedener Ansicht sein, das gestrige Gastspiel von Olga Kallenfsee vom Igl. Theater in Kassel hat jedenfalls gezeigt, daß noch wertvolleres Material zu bekommen ist und einem auf wirkliche Verbesserung unseres Opernensembles aus- gehenden Streben der Intendanz kann natürlich von unserer Seite aus kein Einwand entgegengestellt werden. Die Gastin verfügt so ziemlich über die meisten Vorzüge, die eine sym- pathische Sololaturfängerin als Mitgift besitzen muß. Eine außerordentlich hübsche Erscheinung von entsprechend leichter elastischer Bewegung, ein routiniertes nur selten aus den vor- nehmen Grenzen herausschlagendes ruhiges Spiel und — die Hauptsache — Stimmittel, die der weiteren Beachtung wert sind. Es ist ein heller, sauber ausgebildeter Sopran von ge- nügender Stärke, der namentlich in den Registern der Höhe zu und selbst im Falsettstimm durch die Fülle des Wohlklanges und angenehmes Ausgeglichenheit erfreut. Die Technik der Kolo-

turen ist einwandfrei. Metall und Rundung mit einem Ein- schlag ins Sinnliche geben der Stimme viel Farbe und Sonne und einzig die hohen Kopftöne scheinen an Reinheit und Klarheit den mittleren nachzugeben, sie scheinen manchmal wie mit einem leichten Schleier bedeckt und wurden rau. Ob dies nun eine vor- übergehende Indisposition oder noch etwas Unfertiges in der Aus- bildung ist, jedenfalls läßt sich dem einen wie dem anderen Falle bei- kommen. Die bemerkenswerte musk. Sicherheit des Gesanges ermög- lichte natürlich auch ein freieres Spiel, worin wir gerade in den letzten Jahren nicht sehr vermöhnt wurden. Es dürfte sich emp- fehlen, Fr. Kallenfsee nach den ersten empfangenen guten Eindrücken noch mehr gastieren zu lassen, fallen diese Versuche dann ebenso aus wie der jetzige, dann stünde dem Engagement nichts im Wege. Die übrige Besetzung der Oper gibt keine Veranlassung zu näherem Eingehen. Daß man Herrn Jabloner längst schon einmal in der Rolle des Hoffmann hören möchte, ist ein immer wieder erörterter Punkt. Die seine musikalische Leitung der Oper durch Herrn Lorenz verdient alle Anerkennung und bot dem Hörer erlesene Genüsse.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Donnerstag, 23. Jan. A. 31. „Maria Stuart“, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Stuart: Erna Manegg vom Stadt- theater in Göttingen und Mortimer: Carl Weder-Sachs von Nachen als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr. Freitag, 24. Jan. B. 30. „Herodes und Mariamme“, Tragödie in 5 Akten von Friedrich Hebbel. Mariamme: Melanie Krüger- Widagel vom Stadttheater in Straßburg als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr. Samstag, 25. Jan. 17. Vort. auf. Abon. Erstes Gastspiel von Sigrid Arnoldson: „Mignon“, Oper in 3 Akten von Ambroise Thomas. Titelpartie: Sigrid Arnoldson als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

„wie dieses Kind geworden“, demnach wird er auch nicht „der größte werden im Himmelreich“.

Uebrigens, wenn der Herr Pfarrer 100 Mark für eine Prämie übrig hat, so mag er das Geld lieber an die Armen geben, die heute bei der durch seine Partei herbeigeführte Lebensmittelteuerung genug zu leiden haben.

Zum neuen Gehaltstarif

Schreibt man uns: Daß der neue Gehaltstarif seine Wirkung nicht verfehlt hat, um unter den sämtlichen Beamten, und im ganz besonderen bei den unteren Beamten Abt. H bis K die größte Mißstimmung und Enttäuschung hervorzurufen, kann nach gründlicher Untersuchung desselben, namentlich was den tatsächlich zu beziehenden Gehalt nach diesem neuen Tarif betrifft, wohl nicht im geringsten mehr bezweifelt werden.

Ist doch dieser Tarif nachgerade in der ausgebreitetsten Weise in der Presse zur Erörterung gekommen, um den Wünschen der Beamten, namentlich den unteren, um bei ihnen eine angemessene, den jetzigen Lebensverhältnissen entsprechende Aufbesserung ihrer Bezüge (den etatmäßigen wie auch den nichtetatmäßigen) eintreten zu lassen, Ausdruck verliehen worden, so ist nicht zu begreifen, daß der neue Tarif bei einzelnen Kategorien solche große Enttäuschungen bringen soll.

Daß der neue Tarif für die Pension- und Hinterbliebenenversorgung eine entsprechende Verbesserung bringen und in Abt. K O.-Z. 3 mehrere neue etatmäßige Stellen errichtet wurden, mag ja ohne weiteres anerkannt und begrüßt werden. Diese Maßnahme sollte jedoch keineswegs dazu dienen, um anderen Beamtengruppen anstatt ihnen das Einkommen zu verbessern, dasselbe zu verkürzen.

Um die „wesentliche Besserstellung der unteren Beamten“ in das rechte Licht zu rücken, sei hier folgender Fall angeführt:

Es erhält ein Beamter bei seiner etatmäßigen Anstellung am 1. Juli 1908:

Table with 2 columns: Category and Amount. Rows include 'nach dem alten Tarif Abt. J O.-Z. 7', 'Anfangsgehalt 1200 Mk.', 'Höchstgehalt 2000 Mk.', 'Wohnungsgeld 450 Mk.', 'Erlöse Zulage nach 2 Jahren 200 Mk.', 'Nachste je 3 150 Mk.', 'Bis zur Erreichung des Höchstgehaltes in 14 Dienstjahren (2000 Mk.) ergibt sich ein bis dahin bezogener Gehalt ohne Wohnungsgeld im Betrag von 22 600 Mk.'

Table with 2 columns: Category and Amount. Rows include 'nach dem neuen Tarif in der III. Klasse K. O.-Z. 2a', 'Anfangsgehalt 1200 Mk.', 'Höchstgehalt 1650 Mk.', 'Wohnungsgeld 400 Mk.', 'Zulage nach je 2 Jahren 70 Mk.', 'Bis zur Erreichung des Höchstgehaltes in 14 Dienstjahren dieser Klasse (1650 Mk.) ergibt sich ein bis dahin bezogener Gehalt ohne Wohnungsgeld im Betrage von 19 740 Mk.'

find gegenüber dem alten Tarif weniger 2860 Mk., welche der Beamte in 14 Dienstjahren an Gehalt gegenüber dem alten Tarif weniger bezieht, eine wesentliche Besserstellung bedeuten soll, überlassen wir der Beurteilung der öffentlichen Meinung. Jedenfalls muß diese Besserstellung als eine äußerst ungünstige bezeichnet werden.

Soll der Beamte gegenüber dem alten Tarif tatsächlich eine Besserstellung in seinem Einkommen erfahren, so muß die 3. Klasse unter allen Umständen in Wegfall kommen und der Beamte in die 2. Klasse eingewiesen werden, in welcher er erhält:

Table with 2 columns: Category and Amount. Rows include 'Abt. J. O.-Z. 3 b.', 'Anfangsgehalt 1400 Mk.', 'Höchstgehalt 2200 Mk.', 'Wohnungsgeld 450 Mk.', 'Zulage je nach 2 Jahren 100 Mk.', 'Bis zur Erreichung des Höchstgehaltes in 16 Dienstjahren in dieser Klasse ergibt ein an bis dahin bezogener Gehalt ohne Wohnungsgeld im Betrage von 28 000 Mk.', 'Gegenüber dem alten Tarif in 14 Dienstjahren von mehr 5 400 Mk.'

Würde der Beamte in diese Klasse eingereiht werden, dann könnte man sagen, er hätte eine der heutigen Lebenshaltung entsprechende Aufbesserung, welche in 16 etatmäßigen Dienstjahren 5400 Mk. beträgt, erhalten und die große Regierung könnte sich dann auch tatsächlich der Dankbarkeit der Beamenschaft versichert halten.

Die Verbreitung des Mutterchafts-Versicherungsgedankens.

Der Gedanke, einen Schutz für die junge Mutter und ihr Kind mit Hilfe von Mutterchaftskassen zu schaffen, findet immer mehr Anhänger. Angeregt durch das Vorgehen der Karlsruher Propagandageellschaft für Mutterchaftsversicherung haben auch in Heidelberg eine Anzahl sozial denkender Männer und Frauen den Plan gefaßt, den Wöchnerinnenschutzgedanken weiteren Kreisen bekannt zu machen. Die Initiative hat zunächst die Heidelberger Abteilung der „deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“ ergriffen, auf deren Einladung am vergangenen Samstag Herr Dr. med. Alf. Fischer-Karlsruhe einen Vortrag über „Die Mutterchaftsversicherung und ihre praktische Durchführung“ hielt. Zu dem zahlreich besuchten Vortrage in der „Harmonie“ hatten sich auf Einladung Angehörige aller Parteien und Berufsstände eingefunden. Die Ausführungen des Referenten, die lebhaften und uneingeschränkten Beifall fanden, hatten die Konstituierung eines Komitees, das die Bildung einer Propagandageellschaft für Mutterchaftsversicherung vorbereiten wird, zur Folge. Herr dokt. Arzt Dr. Bruno, der Vorsitzende der Heidelberger Abteilung der „Gesellschaft für ethische Kultur“, ist an die Spitze dieses neuen Komitees getreten; demselben gehören des weiteren an: der bekannte greise Hygieniker Herr Medizinalrat Mittermaier, Frau Medaiteur Blank, Herr Vikar Wielandt und ein Mitglied des Gewerkschaftsrates, Herr Roth. Das Heidelberger Komitee wird natürlich in steter Fühlung mit der Karlsruher Propagandageellschaft bleiben.

Auch in anderen anderen badischen Städten steht die Gründung von solchen Komitees bevor.

Badische Chronik.

Bruchsal.

21. Januar.

Am Sonntag, 19. ds. Mts., veranstalteten die katholischen Arbeitervereine des Bezirks Bruchsal im Gasthaus zum „Ochsen“ eine Versammlung, die zahlreich besucht war. Arbeitersekretär Maier aus Karlsruhe sprach über das Vereinsgesetz. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 19. Januar in Bruchsal versammelten Arbeitervereine des Bezirks Bruchsal erheben energischen Einspruch gegen die Verschlechterung, welche durch die Vorlage betr. ein Reichsvereinsgesetz unserem badischen Vereinsrecht droht. Falls die Vorlage für das ganze Reich nicht freihändler gestaltet wird, verlangen wir mindestens den Zusatz, daß die Vorschriften des Gesetzes hinsichtlich der gewährten Freiheit nur als Minimalvorschriften gelten und die einzelnen Bundesstaaten weitergehende Freiheiten gestatten können.“

Daran anschließend erhielt ein Herr Tropp aus St. Leon das Wort zur Begründung nachfolgender Resolution:

„Die am 19. Jan. 1908 in Bruchsal tagende Bezirksversammlung der katholischen Arbeitervereine, in welcher circa 400 Personen aus dem ganzen Bezirk anwesend sind, spricht sich entschieden gegen jede steuerliche Mehrbelastung der Tabakfabrikate aus, weil dieselbe eine große Abnahme des Konsums und damit die Brotlosmachung großer Massen Arbeiter zur Folge hätte. Die Versammlung ersucht daher die Herren Reichstagsabgeordneten, besonders auch den Vertreter des 13. badischen Reichstagswahlkreises, in welchem circa 1200 Arbeiter in der Zigarettenindustrie tätig sind, im Sinne dieser Resolution wirken zu wollen.“

Am Abend fand noch eine allgemeine öffentliche Versammlung im Vereinshaus statt, die ebenfalls gegen das neue Vereinsgesetz Protest einlegte.

Offenburg.

21. Januar.

Die Generalversammlung des sozialdem. Vereins „Vorwärts“ fand am Samstag Abend im Vereinslokal statt. Sie war außerordentlich stark besucht. Genosse Kapp, der die Vereinsgeschäfte für den zur Parteischule einberufenen Genossen Winter in den letzten Wochen führte, leitete die Versammlung. Dem Kassier wurde die Decharge, nach dem Antrag der Revisoren, einstimmig ausgesprochen. Die Vorstandswahl ist hier immer etwas schwierig, nicht darum, weil sich die Parteigenossen nicht zu einigen verstehen, oder weil es gilt, große prinzipielle Fragen bei der Vorschlagsliste zu überwinden, sondern weil die zu einem Vertrauensamt als am geeignetsten erachteten Parteigenossen außerordentlich mit Arbeit und Pflichten belastet sind, oder weil die Stellung es manchem nicht gestattet, öffentlich hervorzutreten. Nach vielem Drängen und Bitten erklärte unser unermüdlicher und bewährter Genosse Peter Haberer sich bereit, die erste Vorstandsstelle zu übernehmen. Diese Zustimmung wurde mit lautem Jubel aufgenommen, weil man weiß, welch großes Opfer Haberer damit bringt. — Genosse Kallet wurde mit großer Stimmenmehrheit zum zweiten Vorstehen gewählt. Die Stellen des Kassiers, Schriftführers und Bibliothekars und die der Revisoren wurden, nach einstimmigem Vertrauensvotum, erfreulicherweise wieder von den Genossen Buchholz, Jeller und Proso übernommen. So sind wir der frohen Zuversicht, daß unser Parteischifflein mit kundiger und sicherer Hand geleitet werde.

Eine teilweise sehr lebhafte Debatte rief die Preßfrage hervor, besonders die geplante Erweiterung des „Volksblatt“. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit nochmals auf die Tagesordnung der sich mit den Anträgen zum Parteitag beschäftigenden Versammlung zu setzen. Es wurde beantragt, daß der Landesvorstand den Termin zur Einreichung der Anträge auf den 14. Februar festlegte. Am Samstag, 15. Febr., und dem darauffolgenden Sonntag werden nach manche Vereinsversammlungen stattfinden, die zum Parteitag Stellung nehmen. Es wird wohl nur dieser Anregung bedürfen, um die Landesräter zu einer Gnadenfrist bis zum 17. Febr. zu bewegen. — Es wäre auch kein Schaden gewesen, wenn der Landesvorstand die Tagesordnung des Parteitags auch dem „Volksblatt“ hätte offiziell zugehen lassen. — Als Lokalkomitee für den Parteitag wurde der neue Vorstand, vertritt durch die praktische Kraft des Genossen Spanzer, ernannt. — Die Versammlung dauerte bis lange nach Mitternacht.

Freiburg.

21. Januar.

Zur Vorschulfrage. Bei der hiesigen Lehrerschaft hat die Stellungnahme einiger „liberal“ sein wollenden Oberbungen zur Vorschulfrage böses Blut gemacht. Die Vorschule, in welcher die Kinder der Reichen gleich von Anfang an von den Armen getrennt werden, sind „Klassenschulen“ im schlimmsten Sinne des Wortes. Wenn die bestehende Klasse erst einmal die Vorschule hat, dann mögen die Verhältnisse an den Volksschulen noch miserabler werden, als sie schon sind, das wird unsere „Liberalen“ nicht kümmern. Professor Rieger (jungliberal) begründete j. Zt. den Vorschlag für eine Vorschule damit, daß die heutigen Volksschulen in der Stadt Freiburg nicht imstande seien, den Kindern in der erforderlichen Zeit die nötige Vorbildung zu geben. (Wenn das bei den städtischen Volksschulen mit Ganztagsunterricht ist, wie wird es dann erst auf dem Lande bestellt sein?) Der jungliberale Professor kommt nun aber auf Grund seiner Erfahrung nicht etwa zu der Forderung, die Volksschule zu verbessern, sondern er verlangt die Vorschule; für das „gemeine Volk“ genügt dann die Volksschule. Angeblich will man die Volksschule entlasten, in Wirklichkeit entzieht man den Volksschulen mit den Schülern auch Lehrkräfte und dazu noch die besten. Wenn dann die Leute auch einige Mark Schulgeld bezahlen, so müssen Staat und Gemeinde für eine Vorschule doch mehr aufwenden als für einen Volksschüler.

Im Jungliberalen Verein hielt Herr Volksschullehrer Späti einen Vortrag, wobei er nach dem Bericht des „Tagblattes“ folgendes ausführte:

Während die mittleren und höheren Schulen bei uns sich seit jeher der Wertschätzung aller maßgebenden Personen und Parteien hätten erfreuen dürfen, sei solches bei den Volksschulen leider nicht der Fall gewesen. Den Konservativen, dem Zentrum, wie den Liberalen könne der Vorwurf nicht erpart bleiben, daß sie in dieser Hinsicht gleichmäßig verfaßt

hätten. Und doch sei gerade unser Baden im Volksschulwesen noch weit zurück; wolle es sich jetzt auf dieselbe Stufe erheben, auf der z. B. Hessen oder Sachsen stehen, so müßte es rund 1000 Lehrer mehr einstellen. Trotzdem der nachteilige Einfluß einer geringen Schulbildung für die Angehörigen des Handwerker- und Landwirtschaftsstandes schon oft nachgewiesen sei und somit klar auf der Hand liege, möchte man bereits wieder von gewissen Seiten die erst neuerdings durchgeführte Erhöhung der wöchentlichen Volksschulstundenzahl von 16 auf 20 als zu groß bezeichnen und gern rückgängig machen. Demgegenüber dürfe gewiß einmal auf unseren Nachbarstaat Württemberg hingewiesen werden; dort, wo in der Volksschule Ganztagsunterricht mit einer Gesamtzahl bis zu 32 Stunden wöchentlich eingeführt sei, liege die Landwirtschaft deswegen auch nicht darnieder. Der Freiburger Stadtverwaltung zollt der Redner volle Anerkennung bezüglich ihrer Schulpolitik, der Schaffung der geplanten Vorschule steht er indes, wie erwähnt, ablehnend entgegen. Er sei mit manchen anderen Pädagogen der Ansicht, alle Kinder sollten bis etwa zum vierten Schuljahr gemeinschaftlich unterrichtet werden, gleichviel welchem Lehrgange oder Berufe sich die Schüler dann später zuwenden. Besonders vorteilhaft sei dies in sozialer Hinsicht; die jugendlich gewonnenen Einbrüche von einer gemeinschaftlichen Erziehung hielten erfahrungsgemäß noch lange vor und hülften zur Ueberbrückung vieler Klassenunterschiede, wenn wirklich später, durch die Verhältnisse bedingt, eine Trennung der Bevölkerungsklassen ins Leben des einzelnen eingreife. Ebenso könne die allgemeine Volksschule in demselben Sinne auch nur wohltätig auf die Eltern der Schüler einwirken. Die Vorschule stelle sich lediglich als ein Privilegium für bemittelte Leute dar, während die allgemeine Volksschule mehr dem demokratischen Empfinden der Süddeutschen entspräche. In sittlicher wie erzieherischer Hinsicht steht der Vortage demgegenüber keine Gefahr bei dem gemeinsamen Besuch einer Schule seitens armer und reicher Kinder; im Gegenteil fördere ein solcher das Gefühl für werktätige Menschenliebe. Schwachbegabte Kinder würde es in der Vorschule gerade so geben wie sie in der Volksschule vorkommen. Die letztere solle man, wenn für notwendig erachtet und irgend möglich, besser ausgestalten, dann werde die Vorschule unnötig sein.

In der Diskussion brachten die Befürworter die angeführten Schemata.

Herr Hauptlehrer Haugge befürchtete, daß die Volksschule später ganz zu einer Armutsschule herabgedrückt werde, da laut Statut der Ansbachbürger Schule nur 40, der Volksschule aber 60 Schüler in den unteren Klassen zugelassen würden, was dann natürlich für letztere eine Verminderung der erzieherischen Leistungsfähigkeit bedeute. Für uns als Sozialdemokraten gibt es nur folgendes Schulprogramm: Weg mit den bevorzugten Schulen der Reichen und Ausbau der Volksschule!

Die im „Löwenküeller“ stattgefundenen Protestversammlung gegen das geplante Reichsvereinsgesetz nahm einen imposanten Verlauf. Der geräumige Saal war bis zum letzten Platz besetzt, trotz zahlreicher anderer Veranstaltungen. Die vom Landesvorstand vorgelegene Resolution, wurde nach einem dreiviertelstündigen Referate des Arbeitersekretärs Engler einstimmig angenommen.

St. Georgen, Breisgau, 21. Jan. Der Herr Pfarrer und die Arbeiterfrau. Nach Rücksprache mit einem an dem Falle beteiligten Genossen in St. Georgen haben wir festgestellt:

Es ist nicht richtig, daß die Plätze als „reserviert“ bezeichnet waren. Die Aeußerung des Pfarrers lautete: „Wenn ich gewußt hätte, daß Sie die Frau Horn sind, hätte ich Ihnen einen Stuhl gebracht.“ Ueber die Räumung des Platzes, bei der der Pfarrer auch gegen andere Frauen rigoros vorging, haben sich auch diese beschwert, am lautesten allerdings die Frau Horn. Beim Begehen sagte dann der Pfarrer in Bezug auf die Frau Horn: „Aber ein solches Weib ärgere ich mich nicht“, und diese Aeußerung veranlaßte die Frau Horn, dem Pfarrer nach der Bühne zu folgen, wo sich die vom Pfarrer beschriebene Scene abspielte. Daß uns der Herr Pfarrer in der Öffentlichkeit nicht scharf bekämpft, ist richtig, desto intensiver tut er es aber auf andere Art.

Im übrigen sind wir der Meinung, daß unsere Genossen und Genossinnen bei solchen Festen am besten wegbleiben.

Bühlertal, 14. Jan. Die Enttäuschten. Mit dem sogenannten unentgeltlichen Rechtsschutz des Bauernvereins mußten die angeklagten Mitglieder in der bekannten Straßsacke gegen die Nebenausgabe schlimme Erfahrungen machen, obwohl die Schwärzen feinerzeit jeden verfolgten, der den Rechtsschutz des Bauernvereins für „eitles Gesunkel“ hielt. Herr Pfarrer Selter, der wie üblich bei allem den Ton angibt, hat damals sämtliche Angeklagte von Hier und Altshöveler auf den 7. Dezember, abends 8 Uhr, ins Pfarrhaus eingeladen, wo der Anwalt Dr. Huber anwesend sein. Sämtliche kamen und unterzeichneten die Vollmacht; von einer Anwaltsgebühr wurde dabei aber nicht gesprochen. Die Bauernvereiner gingen ruhig nach Hause und freuten sich, daß sie in dem Bauernverein sind, wo man einen Anwalt umsonst aufgestellt bekommt. Die Stimmung der Fröhlichen sollte aber bald umschlagen, denn am 12. Dezember wurden dieselben mit einem Brief von Dr. Huber beglückt, in welchem es wörtlich heißt:

Geehrter Herr!

In der Straßsacke wegen Vergehens gegen das Nebenausgabe-gesetz habe ich beim O. Landgericht — Strafammer — in Offenburg die Verteidigungsschrift eingereicht.

Ich ersuche Sie höflichst, mit die Gebühren von 10 Mark, welche ich für die Verteidigung fordere und mit der ich mich begnüge, alsbald, jedoch aber bis spätestens vor der Verhandlung zu Offenburg, zu übermitteln. Sie müssen in Offenburg erscheinen.

Hochachtung Dr. Huber, Rechtsanwält.

Dieser Brief rief viel Ärger hervor. Im Bauernverein und noch zahlen. Jedoch der Herr Doktor machte es später etwas gnädiger, denn am 14. Dezember forderte er mit Postkarte nur noch 6 Mark pro Mann, das sind 95x6 = 570 Mark. Allerdings 950 Mark, mit denen er sich ursprünglich „begnügen“ wollte, für einen Tag wäre mehr, aber 570 Mark ist immerhin noch ein ganz anständiger Taglohn. Wenn man diese Angelegenheit so richtig betrachtet, so läßt sich deutlich erkennen, wie man im

Bühl, den 12. 12. 07.

Wahl, den 12. 12. 07.

Zentrumslager arbeitet; aber immer nur so, daß der Bauer nicht fett wird.

Ja, ja. Das Zentrum ist die einzig wahre Volkspartei, auch für den Bauer!

Am 18. ds. M. wurde der Ignaz Gschwendler von hier, ein Mann hoch in 60er Jahren, wegen Sittlichkeitsvergehen an einem 12jährigen Mädchen verhaftet und in das Amtsgefängnis Wühl eingeliefert. Dieser saubere Patron, der auch als Sozialistensprecher galt, trieb, wie wir hören, dieses Handwerk schon längere Zeit und verlockte das Mädchen mit allerlei Schwaren. Durch Unstimmigkeiten mit den Nachbarn wurde der 178er ans Tageslicht gezerrt und so der Gerechtigkeit ausgeliefert.

Von der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft Karlsruhe erhalten wir unter Bezug auf den in unserer Zeitung vom 18. Jan. ds. J. enthaltenen Artikel über einen Unglücksfall in Forchheim folgende Berichtigung:

Es ist unrichtig, daß der 5 Uhr 38 Min. (nicht 6 Uhr 38 Min.) von Forchheim abfahrende Zug nicht genügend Sitzplätze für sämtliche Passagiere gehabt hat. Nicht nur bei diesem Zuge, sondern bei sämtlichen zwischen Spöck und Durmersheim fahrenden Zügen ist reichlich Platz im Innern der Wagen vorhanden, so daß die Passagiere, falls sie nicht vorziehen, auf der Plattform zu stehen, es nicht nötig haben, sich bei der kalten Jahreszeit während der Fahrt im Freien aufzuhalten.

Die Bahnerverwaltung.

\* Teufelsknecht, 10. Jan. Am 8. Januar wurde den Holzbauern vom hiesigen Genossenschaftswalde mitgeteilt, daß sie nunmehr kein Holz mehr machen dürfen. Angeblich wegen Frostschnee. Wir aber glauben, daß der „Volkshilfsverein“, welcher bei Anfang des Holzmachens erschien, eine Rolle dabei spielt und man jetzt aus Mache dafür alle Arbeiter das Brot entziehen will. Daß auch der Herr Waldhüter sein gut Teil dazu beigetragen hat, kann wohl nicht bestritten werden. Die Arbeiter haben zwei Schritte von einem abgelängten Stamme abgeschnitten, ohne dessen Wissen, das ist alles. Daß schon größere Frevel im hiesigen Walde begangen worden sind als dieser, wird der Herr Waldhüter sowie die Forstbehörde wohl wissen. Es wurde hier aber auch nach dem Grundsatz gehandelt: „Die Kleinen tut man hängen und die Großen läßt man laufen“.

Auch die Bierkauferei soll mit Schuld sein; aber wie sah es hier bei der Holzverkauferei am 27. und 28. Dezember aus? Ein Augenzeuge (sein Holzhauser) sagt kurz: „Das war einfach schändlich! Kein Wunder, sind die Holzpreise ins Ungeheure gestiegen. Vielleicht nimmt hier das Bezirksamt Kenntnis davon, um dagegen einzuschreiten. Unseres Wissens bestand schon einmal ein Verbot, Alkoholgetränke bei derartigen Verkaufsergebnissen auszuschenken; ob dieses Verbot aufgehoben ist, wissen wir nicht. Wenigstens hätte die Forstbehörde Veranlassung, zuerst hier Ordnung zu schaffen, bevor dieselbe den Arbeitern Verhaltensmaßregeln erteilen will. Wir werden später uns noch einmal mit dieser Affäre befassen müssen, denn es gibt ein gerichtliches Nachspiel, das jedenfalls aus was Neues jutage fördern wird, hauptsächlich über den Herrn Waldhüter. Soviel für heute!

\* Waldkirch, 20. Jan. Zentrumstaktik. In Nr. 12 des „Volkshilfsvereins“ befaßten wir uns mit der Eigentümlichkeit des in Waldkirch erscheinenden Zentrumstaktikens und nagelten zum Schluß einige Vorkommnisse fest, die mehrere Anhänger der sog. „christlichen Weltanschauung“ in merkwürdiger Beleuchtung zeigt. Hier ein weiterer Beitrag:

Am Samstag, 11. Jan., verurteilte die Kreisbürger Strafammer den Randwirt Anton Volk von Unterprechtal wegen Verurteilung seiner eigenen Ehefrau zu 1 Jahr Gefängnis und 5 Jahren Überverlust. Unterprechtal liegt im schwärzesten Winkel des Amtes Waldkirch, die „christliche Weltanschauung“ hat also hier eine ganz eigenartige Frucht gezeitigt.

\* Waldkirch, 21. Jan. Zu dem bereits gemeldeten Leichenfund wird noch berichtet, daß der Kopf durch Spaziergänger ebenfalls gefunden wurde. Derselbe soll Spuren eines Revolverkugels aufweisen. Ueber die Persönlichkeit konnte nichts festgestellt werden, da das gefundene Notizbuch in völlig vernichtetem Zustande sich befindet.

\* Willingen, 21. Jan. Zum Leichenfund der Rosine Kaiser wird noch gemeldet: Verbrannt aufgefunden wurde gestern früh halb 9 Uhr die 45 Jahre alte ledige Wüglerin Rosine Kaiser in den Wiesen bei der Huberschen Mühlenfabrik. Ob die Verdauernswerte, die leidend war, die schreckliche Tat absichtlich begangen, oder ob sie das Opfer eines Unfalles wurde, wer mag es mit Sicherheit behaupten? Es läßt sich nur vermuten. Bemerkenswert ist immerhin, daß Vorübergehende gegen 1 Uhr nachts starken Petroleumgeruch wahrnahmen, in ihrem Wohnhause selbst aber ihre Entfernung aus demselben nicht bemerkt wurde. Um halb 7 Uhr wurden die Mitbewohner auf ihr Fehlen aufmerksam, und erst um halb 9 Uhr wurde sie nach langem, vergeblichen Suchen zufällig von einem Knaben im Schnee liegend und total verbrannt aufgefunden. Inzwischen war der verlockte Leichenfund von Hund angetroffen.

\* Bonndorf, 21. Jan. Großes Aufsehen erregte es, als Samstag Nachmittag hier bekannt wurde, daß der bekannte Journalist Hans von Glümer verhaftet werden sollte wegen Vergehens an einem noch schulpflichtigen Mädchen. Hans von Glümer hat bereits das Weite gesucht und den eifrigen Bemühungen der Gendarmerie ist es bis heute noch nicht gelungen, seinen habhaft zu werden. Man vermutet, daß er in die Schweiz geflüchtet ist.

\* Mülheim, 20. Jan. Von hier wurde vor einigen Tagen berichtet, daß ein armes Mädchen, die Tochter eines verstorbenen Briefträgers, noch vor Weihnachten den so viele Millionen wie Jahre bestehenden 69jährigen ehemaligen Reichstagsabgeordneten Schlußberger in Mülhausen geheiratet habe, trotzdem die damit nicht einverstandenem Schöne dem Mädchen 300 000 Mark in Rente und 50 000 Mark in doppelte Einkünfte hatten. Nach eingeleiteten Erkundigungen des „Schw. B.“, die auch im „Oberh. Anz.“ bekräftigt werden, ist diese Meldung, die fast in alle Blätter überging, unrichtig. Das Mädchen hat nämlich die netze Summe von 300 000 Mark der Heirat vorgezogen. — „Papa Schlußberger“ hat also in doppelter Hinsicht das Nachsehen. Er kann sich nun im Inseparatenteil des „Badischen Beobachters“ in der neumodischen christlichen Art eine andere Braut suchen.

\* Maulberg (Amt Schopfheim), 18. Jan. Ultramontane Sittenzüchter. Ein hübsches Geschichtchen trug sich am hiesigen Orte zu. Eine fleißige Kirchengängerin, Mitglied des „Jungfrauen“-Vereins, verliebte sich in einen jungen Mann. Nun ereignete sich das Schreckliche. Die „Jungfrau“

sam trotz Wachsamkeit und Patronat von Hochwürden in anderen Umständen und das Liebespaar beschloß, sich zu ehelichen. Aber die Verlobten mußten erfahren, daß der „Liebesbund“ weit weniger Formalitäten bedarf, als der „Ehebund“, denn, wie das so geht, die „Schriften“, die nun einmal die „göttliche Weltordnung“ durch ihre von Gott eingesetzte Bureaucratie verlangt, sind nicht immer so schnell zu beschaffen, weil der Vater des Mädchens ein Italiener war und nicht mehr am Leben ist. Endlich am 18. Januar war man so weit, daß man Hochzeit feiern konnte. Die Freundinnen der Braut wollten nach hiesiger Sitte und Brauch einen Schweißbogen vor die Eingangspforte der Kirche machen, aber — der Mensch denkt und der Herr Pfarrer lenkt. Der Herr konnte die sittliche Entrüstung nicht über sich bringen, in diesem Falle einen Schweißbogen zu machen und als folgliche Schäflein gehorchten sie natürlich ihrem Hirten.

Aber „Hochwürden“ hat trotzdem die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn die evangelischen Mitarbeiterinnen der Braut haben derselben erst recht einen wunderschönen Schweißbogen verfertigt und damit den hiesigen Stellvertreter Gottes blamiert. Bravo!!!

Deutscher Reichstag.

(85. Sitzung.)

\* Berlin, 21. Jan.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der Novelle zum Telegraphengesetz (Telefunfengesetz). Staatssekretär Kräfte empfiehlt die Vorlage mit einigen einleitenden Darlegungen, die sich im wesentlichen mit den der Vorlage beigegebenen Notizen decken. Zum Schluß betont der Staatssekretär noch ausdrücklich, daß auch nach Genehmigung der die drahtlose Telegraphie für das Reich monopolisierenden Vorlage die Bahn frei sei für alle Systeme der Funten-Telegraphie.

Abg. Euen (konf.) stimmt namens seiner Partei der Vorlage zu. Eine Kommissionsberatung erscheine seiner Fraktion überflüssig, doch würde sie eventuell einer solchen zustimmen.

Abg. Schneider (Zentr.) begrüßt ebenfalls die Vorlage. Abg. Jung (natl.) beantragt Verweisung an eine Kommission, in der noch einige Aufklärung erbeten würde. Im Prinzip seien seine Freunde für das Gesetz.

Abg. Delbrück (fr. Vg.) betont namentlich, wie notwendig es sei, durch den internationalen Vertrag zu regeln, daß auch die Marconi-Gesellschaft gezwungen sei, Funten-Telegramme entgegenzunehmen. Seine Freunde seien daher durchaus bereit, dem Vertrage zuzustimmen und ebenso dem vorliegenden Gesetz.

Abg. Frant (Soz.):

Die Wissenschaft, die die sichtbaren Leitungsdrähte für die Telegraphie überflüssig gemacht hat, hat gleichsam unsichtbare Fäden der Solidarität von Nation zu Nation geschlossen. Wir freuen uns, daß eine internationale Verkehrsregelung durch den internationalen Vertrag von 1906, der durch die Vorlage in Kraft gesetzt werden soll, Platz greifen soll. Bedenken haben wir dagegen, daß die Festsetzung der Gebühren dem Reichskanzler überlassen bleiben soll. Wir stimmen daher für eine Kommissionsberatung.

Der Gesetzentwurf wird hierauf einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes betreffend die Bestrafung von Majestätsbeleidigungen. Die Kommission hat beschlossen, daß eine Bestrafung wegen Majestätsbeleidigung nur stattfinden soll, wenn die Beleidigung in der Absicht der Ehrverletzung böswillig und mit Ueberlegung begangen wurde, während die Regierungsvorlage wollte, daß eine Bestrafung eintrete, wenn die Beleidigung böswillig und mit Vorbedacht begangen ist. Ferner hat die Kommission beschlossen, daß im Falle milderer Umstände die Gefängnisstrafe oder die Festungshaft bis auf eine Woche ermäßigt werden soll. Weiter soll bei der Beleidigung des Landesherrn neben der Gefängnisstrafe auch auf Verlust öffentlicher Ämter erkannt werden. Die Regierungsvorlage bestimmte, daß bei nichtöffentlichen Beleidigungen die Strafverfolgung nur mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung eintritt. Diese Bestimmung ist von der Kommission gestrichlen worden.

Abg. Adren (Zentr.) sieht in dem Ersatz des Wortes Vorbedacht durch Ueberlegung eine Verbesserung. Ob auch die Einschränkung des Begriffes Absicht der Ehrverletzung eine Verbesserung sei, das lasse er dahingestellt. Bedauerlich sei jedenfalls der Mangel an „objektiven“ Einschränkungen des Majestäts-Beleidigungsbegriffes. Der Streichung des Absatzes 3 der Vorlage sei zuzustimmen. Wichtig sei auch ein weiterer Beschluß der Kommission, wonach unter bestimmten Voraussetzungen (im Falle des § 95 R.St.G.B.) auch auf Verlust der beleidigten öffentlichen Ämter erkannt werden kann. Alles in allem könne man dem Gesetz in der vorliegenden Fassung zustimmen, auch wenn es nicht alles Erwartete bringe.

Abg. Brunckermann (Rp.) erklärt, auch seine Freunde seien in der Lage, der Vorlage in der Gestalt, die sie in der Kommission erlangt habe, zuzustimmen.

Vizepräsident Kämpf teilt dem Hause mit, daß soeben ein Antrag Albrecht (Soz.) und Genossen eingegangen sei, die §§ 95, 97, 99 und 100 des Strafgesetzbuches ganz aufzuheben.

Abg. Feine (Soz.)

begründet diesen Antrag. Wenn wir auch anerkennen, daß die Vorlage in der Fassung der Kommission eine Verbesserung gegenüber der Regierungsvorlage bedeutet, so müssen wir unsere Zustimmung doch verweigern. Wir sind der Meinung, daß man nicht mit Galben und Mixturen helfend eingreifen soll, sondern ganze Arbeit machen und mit dem Messer das Uebel beseitigen soll. Das will unser Antrag. Die größten Bedenken müssen wir gegen das Wort „böswillig“ haben. Durch diese Einschränkung wird die freie Kritik eingeschränkt. Die Folge der Einführung des Begriffes „böswillig“ wird sein, daß jemand wegen seiner politischen Ueberzeugung bestraft wird. Der Redner wendet sich sodann zu dem Königsberger Majestätsbeleidigungsprojekt gegen den Redakteur Nordwald. Der Artikel in der „Königsberger Volkszeitung“ beschäftigt sich bis zum letzten Absatz mit Dingen, die der Vergangenheit angehören. Erst der letzte Absatz beschäftigt sich mit der Gegenwart. Das Gericht hat selbst erklärt, daß es sich mit den historischen Betrachtungen nicht befaßt hat. Also neun Zehntel des Artikels bleiben unerörtert. Was ist das für eine Jurisprudenz, die Stellen aus dem Zusammenhang herauszureißen. Ich kann es aber verstehen, man wolle unangenehme historische Dinge nicht aufwählen, und dafür mußte der Angeklagte büßen. Der letzte Absatz sagt, daß die Enthüllung dieses Denkmals in Memel 100 Jahre nach Breußens Erniedrigung

zeige, daß die Junter nichts gelernt und nichts vergessen hätten und die Bourgeoisie sich nach den kurzen Tagen von 1848 den Junkern in die Arme geworfen hätte. Dann kommt allerdings der Ausdruck zum Schluß und in der Ueberschrift vor „Das Denkmal sei eine Schandsäule“, und es wird ferner von einer Komödie der Memeler Denkmalsenthüllung gesprochen. Man hat aus diesen Dingen konstruiert, daß durch den Ausdruck „Komödie der Denkmalsenthüllung“ alle Personen, die daran teilnahmen, also auch der Kaiser, beleidigt worden seien. Ich kann diesen Gedankengang nicht verstehen; die ganze Beurteilung ist erfolgt durch eine Verdrehung des Tatbestandes und durch eine künstliche Konstruktion. Ich verstehe nicht, daß das Gesetz die Majestätsbeleidigung einschränken wird, aber durch den Ausdruck „böswillig“ werden solche Prozesse, wie der Königsberger, immer noch möglich gemacht, und deswegen stimmen wir gegen das Gesetz.

Staatssekretär Nieberding erwidert, wenn der sozialdemokratische Antrag durchginge, so müßte doch zum mindesten auch der weitere Paragraph des Strafgesetzbuches gestrichlen werden, der Beleidigungen ausländischer Staatsoberhäupter für strafbar erklärt, denn andernfalls ergebe sich doch die Disparität, daß deutsche Fürsten zwar im Auslande geschützt seien, auf Grund der internationalen Abmachungen, aber nicht im Inlande und das könnte Deutschlands Ansehen im Auslande nur schmälern. Auch die Bedenken gegen das „böswillig“ seien hinänglich.

Abg. Clarn (ntl.) erwidert dem Abg. Feine, daß selbstverständlich historische Rückblicke straflos seien, aber die Grenze dürfe auch da nicht überschritten werden. Die Sozialdemokratie müsse selbst anerkennen, daß das Haus hier bemüht sei, der Kritik freien Lauf zu lassen, aber einer Kritik, die nicht in Beleidigungen ausarten dürfe. (Während aller dieser Ausführungen wiederholt lebhafteste Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf (w. Vg.) nennt den sozialdemokratischen Antrag geradezu unerhört. Das Königsberger Urteil stehe mit dem Volksempfinden durchaus in Einklang. Die Kommissionsfassung der Vorlage werde von seinen Freunden gebilligt.

Abg. Müller-Reinigen (frei. Vp.) vermahnt seine Freunde gegen den Roerenischen Vorwurf, sich einem Antrage auch auf „objektive“ Einschränkungen des Majestätsbeleidigungs-Begriffes widersetzt zu haben. Das sei nicht richtig. Redner schließt mit der Hoffnung, daß die Revision des Strafgesetzbuches die Meinungs- und Redefreiheit noch weit mehr erweitern wird.

Abg. Wagner (konf.) erklärt, daß die konservative Partei der Vorlage zustimmen werde, obwohl einzelne von seinen Freunden noch Bedenken hätten, ob der Schutz der Majestät gegen Beleidigungen ausreichend ist.

Abg. Wellstein (Zentr.) erklärt sich namens seiner Partei gegen den Antrag der Sozialdemokraten auf völlige Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen.

Abg. Feine (Soz.):

Der Königsberger Prozeß beweist, daß man eine Beleidigung verstorbenen Personen konstruiert, um die gegenwärtige Kritik der Vergangenheit unmöglich zu machen. Man hat sich der Schleichwege bedient, um eine Bestrafung wegen Majestätsbeleidigung zu ermöglichen. Die Billigung einer historischen Kritik als Beleidigung des lebenden Monarchen, wie sie der Abg. Osann hier ausgesprochen hat, ist die beste Verteidigung für unsere Ansicht. Ich kann dem Kollegen Osann deshalb nur zurufen: si tacuisses! Von Jahr zu Jahr hat man die Maschen des Majestätsbeleidigungsnetzes enger gezogen und ich glaube nicht, daß es mit dem gegenwärtigen Gesetz anders wird. Gnade Gott demjenigen meiner Parteigenossen, der zum Beispiel einem Richter in die Hände fällt, der dem Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie angehört. Der Abg. Wiemer meint, wir hätten nach Annahme dieses Gesetzes die freiesten Bestimmungen. Du lieber Gott! Man kann die freiesten Bestimmungen haben und doch die vernechtteste Praxis.

Staatssekretär Nieberding führt aus: Der Königsberger Prozeß sei noch in der Schwebe, in der Revisions-Instanz und entsprechend der Praxis des Hauses, in schwebende Prozesse nicht einzugreifen, beteilige er sich an dieser Erörterung nicht. Nur eins wolle er sagen: der Abgeordnete Feine meinte, die Königsberger Richter seien auf Schleichwegen zu ihrem Urteil gelangt. Das sei eine Beschimpfung der Königsberger Richter, die er, Redner, mit Entrüstung zurückweise.

Nach nochmaligen Bemerkungen der Abg. Adren, Graf, Feine, welcher erklärt, er habe nicht den Königsberger Richter Schleichwege nachgelagt, sondern gesprochen von der Justiz, die Schleichwege gehe, Osann und Müller-Reinigen schließt die Debatte. Der Antrag der Sozialdemokraten wird gegen die Antragsteller abgelehnt und das Gesetz in der Kommissionsfassung angenommen. Nur die Sozialdemokraten stimmten dagegen.

Es folgt die erste Lesung des Entwurfs des Scherkesches. Abg. Narten (Zentr.) erhofft von dem Schiedgesetz einen günstigen Einfluß auf den Reichsbank-Diskont, doch wünschten seine Freunde noch eine nähere Beratung des Entwurfs in einer Kommission.

Abg. Arnold (konf.) erklärt, die Verallgemeinerung des Schiedgesetzes sei durchaus billigenwert. Zu begrüßen sei namentlich die vorerlebene Stempelfreiheit.

Abg. Weber (natl.) meint, um dem Schiedgesetz allgemeine Verbreitung zu verschaffen, sei die baldige Ausbildung des Postschiedwesens geboten.

Unterstaatssekretär Vermuth bittet das Haus, die Vorlegungsfrist für 6 nicht etwa noch über 10 Tage auszubehnen. Diese Frist sei das Äußerste.

Abg. Frank (Soz.)

erklärt, daß seine Freunde bereit gewesen wären, dem Gesetzentwurf zuzustimmen ohne Kommissionsberatung. Sie würden sich aber dieser Beratung nicht widersetzen, da doch noch einige Fragen zu klären seien. Das gelte namentlich von der Frage des Postschiedverkehrs. Es wäre vielleicht wünschenswert, bereits jetzt die spätere Einführung des Postschieds zu regeln. Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber dem Wunsch Ausdruck geben, daß unsere deutschen Arbeiter nicht in die Lage kommen mögen, in der sich jetzt die amerikanischen Arbeiter befinden, die wertlose Schieds annehmen mußten. Eine Fristverlängerung halten wir nicht für nötig und erkennen an, daß die Strafbestimmungen aus dem Gesetz herausgelassen sind.

Abg. Raab (w. Vg.) meint, daß der Schiedverkehr die Umlaufsmittel so erhöhen werde, daß dadurch eine Ermäßigung des Bankdiskonts sich ergeben werde, sei ihm allerdings zweifelhaft.

Abg. Wommsen (frei. Vg.) äußert seine Genugtuung über die Zustimmung aller Parteien. Die Vorlage bekräftige nur legislativ, was der Verkehr schon geschaffen habe. Eine Verweisung an eine Kommission bedürfte es eigentlich gar nicht.

Abg. Wagner (südd. Volksp.) tritt ebenfalls für die Vorlage ein.

Hierauf erfolgt Vertagung. Morgen 1 Uhr Wahrscheinlich-Interpellation Albrecht u. Gen., dann Fortsetzung der heute abgebrochenen Debatte. Schluß gegen 6 Uhr.

### Gewerkschaftliches.

**Forzheim, 21. Jan. Christliche Verleumder.** Das christliche Gewerkschaftsblatt hatte auf Sonntag eine öffentliche Protestversammlung gegen das geplante neue Vereinsgesetz in den Brauhauskeller einberufen. Bezirksleiter Thelen aus Mannheim referierte. Nur etwa 60 Personen, darunter noch einige Damen, waren erschienen. Vor Eröffnung der Versammlung wurde ein Flugblatt verteilt, das sich aber nicht etwa gegen das Vereinsgesetz, sondern gegen die freien Gewerkschaften, speziell gegen den Metallarbeiterverband in Diefeld wendete. Der Plan, durch eine Protestversammlung für ihre Organisation im Trüben zu fischen, war ja sauber ausgedacht. Dabei konnte man eine „Fluch“-Schrift gegen den Metallarbeiterverband, der hier zurzeit circa 7000 Mitglieder hat, los werden. Schade, daß so wenig dem „Protestruf“ der „Christlichen“ folgten. — Wir behalten uns vor, auf die Substanz noch näher zurückzukommen.

**Emmendingen, 15. Jan. Rame.** Wie sagte doch der große Gemeindefunktionär, Herr Dr. Rikmann in seinem Referate über die Hygiene, gehalten in der Generalversammlung der Vereinigung badischer Krankenkassen im Jahre 1907 in Lahe? „Die Arbeitsfreude und Arbeitslust ist bei den heutigen Arbeitsverhältnissen und hauptsächlich in der Großindustrie erheblich geschwunden. Ich empfehle hiergegen dem Unternehmer: Verkürzung der Arbeitszeit, humane Behandlung der Arbeiter und Teilnahme derselben am Reingewinn.“

Weit entfernt davon steht die Erste Deutsche Rame-Fabrik in Emmendingen. Obwohl erst die Weihnachtsglocken den Menschen auf Erden die Botschaft des Friedens verkündeten, haben die Arbeiter und Arbeiterinnen von diesem Frieden noch nichts gemerkt. Wohl hat man in den italienischen Fabrikwohnheimen einen großen Musik-Automaten als Weihnachtsgeschenk aufgestellt, um den Arbeiterinnen ihre Unzufriedenheit weggummsizieren, ob dies aber helfen wird, die circa 400 italienischen Arbeiterinnen über ihr Elend hinwegzutäuschen, möchten wir glühend bezweifeln.

Die viele Millionen reiche Aktiengesellschaft der Ramefabrik mit flotten Geschäftsgang, die bereits 1000 Personen beschäftigt, hat noch nicht einmal so viel Christenliebe, um wenigstens die 10stündige Arbeitszeit einzuführen. Punkt 6 Uhr morgens surren alle Maschinen. Ein Meister verlangte kürzlich von seinen Arbeitern, daß alle Maschinen morgens vor 6 Uhr gepußt werden. Es wird also verlangt, noch mehr wie elf Stunden zu arbeiten.

Wie sieht es aber mit der Entlohnung für diese lange Arbeitszeit aus? Die Gesellschaft bezahlt einen Durchschnittslohn von 2,50 bis 2,60 Mark. Kommt ein Arbeiter und verlangt 10 Pf. mehr pro Tag, so wird er barsch abgewiesen. Oft stehen in den Sprechstunden 20-30 Personen im Hausflur des Wartezimmers, um notwendige Anliegen vorzubringen; barsch werden sie vom jungen Herrn Direktor abgewiesen.

Auch die Hygiene läßt zu wünschen übrig. Im Speise-Saal hängt wohl eine Tafel mit der Aufschrift: „Rauschen verboten“; wir empfehlen aber der Direktion eine solche anzubringen, mit der Aufschrift: „Der Speisesaal muß alle Woche eingemalt gereinigt werden.“ Das wäre notwendiger.

Das können wir den Arbeitern der Fabrik sagen, wenn sie nicht den Weg finden zur Organisation, wird es noch lange so bleiben.

**Radolfzell, 15. Jan. „Christliche“ Tätigkeit.** Im württembergischen Städtchen Rottenburg gaben sich die Herren Kollorath und andere Größen alle Mühe, eine christliche Organisation zu schaffen. Es wurde keine Mühe gescheut, dort die Metall- und andere Arbeiter zusammen zu bringen. Das beste Zugmittel, über welches diese Leute verfügen, wurde weiblich angewandt, nämlich über die freien Werkhände und die Sozialdemokraten gehörig zu schimpfen. Doch alle Bemühung war vergebens. Schließlich wurde dem christlichen Gewerkschaftsagenten Schreiner Linni Diefinger (nicht Lillian Diefinger) die weitere Agitation übertragen. Dieser „gute Christ“ versah die übertragene Funktion wirklich gut und eht christlich.

So wurde eine Maurerversammlung, in welcher der Gauleiter Solle aus Stuttgart referieren sollte, auf das Verbot des „christlichen“ Diefinders unmöglich gemacht. Dem Wirt wurde mit wirtschaftlichem Schaden gedroht, wenn er die Versammlung dulde.

Hoffentlich merken die Rottenburger Arbeiter sich dieses und laufen diesem Wirt die Tür nicht ein. Der „christliche“ Gewerkschaftsagent hatte seine Aufgabe erfüllt.

Doch jetzt ist der Herr Linni Diefinger von Rottenburg verschwunden. Seine Tätigkeit hat er nach Radolfzell verlegt, von wo aus er diejenige tröstet, die in Rottenburg sein Scheiden so bitter empfinden. Die Radolfzeller Arbeiter dürften auf das Schreiben des „christlichen“ Gewerkschaftsagenten ein wachsameres Auge haben, denn an Leistungen wird er es dort jedenfalls auch nicht fehlen lassen, wenn auch dort der Boden noch nicht so heiß ist, wie am Ort seiner früheren Tätigkeit.

### Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 21. Jan.

#### Notzucht.

Vor dem Schwurgericht stand heute die Anklage gegen den in Untergrombach wohnhaften, 27 Jahre alten

Schlosser Hermann Mobery

aus Durlach wegen Notzucht zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat König. Als Vertreter der Anklagebehörde in dieser Sache fungierte Staatsanwalt Baumgartner. Verteidiger war Rechtsanwalt Dr. Duttenhofer. — Dieser Fall stand bereits auf der Tagesordnung des letzten Schwurgerichts, wurde aber damals vertagt, weil einem Antrag der Verteidigung, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen, stattgegeben worden war. Mobery kam in die Uniderritätsklinik nach Heidelberg und unterlag dort für einige Zeit einer Beobachtung. Nach dem Ergebnisse dieser Beobachtung war der Angeklagte zur Zeit der Begehung der Tat geistig nicht gestört, weshalb ihm der Strafausschließungsgrund nach § 51 der Strafprozeßordnung nicht zu gute gerechnet werden konnte.

Wie die heutige Verhandlung ergab, hatte der Angeklagte am Abend des 1. Juli auf der Landstraße von Untergrombach nach Obergrombach die Frau des Schlossers W. Becker aus dem letztgenannten Orte, die gleich ihm an dem genannten Abend mit dem Zuge 10 Uhr 41 Min. von Karlsruhe nach Untergrombach gefahren war und von dort zu Fuß nach Obergrombach

ging, überfallen und an ihr das Verbrechen der Notzucht verübt. Der Angeklagte, ein bisher unbescholtener Mensch, war am 1. Juli hierher zur Arbeit gefahren. Er ging aber nicht ins Geschäft, sondern zog tagsüber in verschiedenen Wirtschaften herum, um dann mit dem angegebenen Zuge nach Untergrombach zurückzukehren. Im Eisenbahnzuge sah er die Ehefrau Becker. Er knüpfte mit derselben ein Gespräch an und erfuhr dadurch, daß sie nach dem Weg nach Obergrombach zu machen hatte. In Untergrombach drängte er der Frau seine Begleitung auf und führte dann auf der Landstraße zwischen diesem Orte und Obergrombach die ihm zur Last gelegte Tat aus.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage wie die Frage nach mildern Umständen, worauf der Angeklagte unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft zu

2 Jahren 6 Monaten Gefängnis

und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde.

### Aus der Residenz.

\* Karlsruhe, 22. Jan.

**In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses** entstand nur bei einigen Punkten eine Debatte, die für die Öffentlichkeit größeres Interesse hat. Wir wiesen schon am Montag auf das seltsame Verhalten des Oberschulrats gegenüber städtischen Wünschen in Bezug auf Schulverhältnisse hin. Bei der Debatte über das neue Reformprogramm in der Gartenstraße kam Herr Oberbürgermeister Siegrist auf jenes Verhalten zu sprechen und er hat sicher der Auffassung des gesamten Bürgerausschusses Ausdruck gegeben, wenn er sagte: Der Oberschulrat sollte das Karlsruher Schulwesen in jeder Weise fördern, nicht aber ihm Schwierigkeiten bereiten. Es sei tief bedauerlich, daß der Stadtrat mit seinen Wünschen beim Oberschulrat so wenig Entgegenkommen finde.

Beim Punkte: Erhöhung des Zinsfußes der städt. Sparkasse auf 4 Proz. konnte man einen Augenblick glauben, der Karlsruher Bürgerausschuß sei eine Versammlung von — Hausbesitzern. Der freisinnige Stadtverordnete V o d kritisierte — unseres Erachtens mit Recht —, daß man mit der Erhöhung des Zinsfußes so lange gewartet habe. Die Sparkassen in Nachbarstädten und Gemeinden hätten uns inzwischen die Gelder weggenommen, weil sie höhere Zinsen zahlten. Darauf teilte Herr Bürgermeister Föhrenbach mit, daß die Sparkasse nicht beabsichtige, eine Erhöhung des Zinsfußes für Hypothekengläubiger einzutreten zu lassen. Diese Mitteilung wurde mit einem auffallend starken und allseitigen Bravo begleitet. Nun sind auch wir der Meinung, und Genosse K o l b hat dieser Auffassung das Wort geredet, daß eine städtische Sparkasse ohne weiteres soziale Funktionen zu erfüllen habe. Es ist durchaus wünschenswert, wenn die Karlsruher Sparkasse kapitalschwachen Hausbesitzern — nicht jeder Hausbesitzer wird von uns als Hausagrarier angesehen —, unter die Arme greift. Aber ausschließlich zu diesem Zwecke ist eine städtische Sparkasse nicht da. Und wie ist uns denn? Haben nicht am 1. Januar ds. J. viele Hausbesitzer — auch Hypothekengläubiger der hiesigen Sparkasse — die Miete mit der Mithierung erhöht, sie mühten jetzt höhere Hypothekenzinsen bezahlen? Was wunder, wenn die Debatte über die Karlsruher Sparkasse für die Mieter und auch für die Steuerzahler einen recht bitteren Beigeschmack hatte, zumal Herr Föhrenbach verkündigte ein Uebergehuß werde vielleicht in diesem Jahr erzielt.

Bei dem Punkte: Herstellung der Essenweinstraße beklagte Genosse Schwall den Sackgassen-Charakter des Unternehmens. Ihm sekundierten noch einige andere Stadtverordnete.

#### Die Lage der Handlungsgehülften.

Die kaufmännischen Angestellten gehören vielfach noch zu den Kreisen, die sich von den bürgerlichen Parteien als Stimmvieh und bei Lohnkämpfen von den Unternehmern als Streibtreiber gebrauchen lassen. Nach ihrer wirtschaftlichen Lage aber haben die Handlungsgehülften alle Ursache, sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen, um sich politische Rechte und bessere Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen; denn sie befinden sich in ihrer großen Mehrheit in derselben Situation wie die gewerblichen Arbeiter. Das „Samburger Fremdenblatt“ bringt unterm 8. Januar von sachkundiger Seite einen Artikel: „Die Ausichten des kaufmännischen Berufes“, in dem es heißt:

„Der Gehülfe der Kolonialwarenbranche ist von allen Handlungsgehülften wohl der am schlechtesten bezahlte. Nach demweg dreijähriger Lehrgang beginnt er seine Tätigkeit als Gehülfe mit einem Anfangslohn von Mk. 25 bis Mk. 30 nebst freier Station. Dabei läßt die freie Station in recht vielen Fällen mangelhaft zu wünschen übrig, besonders in bezug auf die Wohnung. Es ist nicht selten, daß die „Wohnung“ aus einem Bett, einer Waschgelegenheit und der Ede eines Schrankes besteht. Gehülften, die ein wohnliches, wenn auch bescheidenes, heizbares Zimmer ihr eigen nennen, das sie nicht mit einem oder mehreren Kollegen zu teilen brauchen, gehören zu den Ausnahmen. . . Auch der Kolonialwarenhändler von 22 bis 25 Jahren erhält neben der üblichen freien Station selten mehr als Mk. 50 oder 60 Mk. Monatsgehalt. Es bleibt ihm, wenn er älter wird, und mehr verdienen will, nichts übrig, als zu versuchen, eine Filiale zu übernehmen oder — selbständig zu werden. Allerdings muß er dann häufig die Wahrnehmung machen, daß es leichter ist, selbständig zu werden, als zu bleiben. . . Eines muß bei einer Betrachtung über die Ausichten des kaufmännischen Berufs noch berücksichtigt werden: der kaufmännische Beruf bietet keine sicheren Ausichten. Der junge Mann, der Kaufmann wird, weiß nicht, ob er nach zwanzig Jahren Mk. 1200, 2000, 3000, 5000 oder gar nichts verdienen wird. Die Stellenlosigkeit, das schlimmste Uebel im Stande der Handelsangestellten, sucht sich keine Opfer nicht nur im Vordesatz des Standes, auch tüchtige Gehülften können ihm anheimfallen, besonders im vorgeordneten Alter. Der Gehülfe, der im Alter von 45, 50 und mehr Jahren das Unglück hat, seinen Posten zu verlieren, findet nicht leicht wieder Stellung. Dummel sieht es auch noch um die Zukunft des Handlungsgehülften im höheren Alter aus, wenn die Kräfte allmählich nachlassen.“

Wenn selbst ein bürgerliches Blatt ein so trübes Bild entwirft, so sollte man meinen, daß es den Handlungsgehülften nicht schwer fallen dürfte, ihre Klassenlage zu erkennen und einzusehen, daß sie mit der Arbeiterschaft und nicht gegen sie marschieren müssen. Leider glauben aber noch die meisten der Gehülften in Handlungen und Geschäften welcher Art sie auch seien, sie wären etwas Besseres als die Arbeiter, die vielleicht, was Verdienst anbetrifft, oft über letztere kommen. Nicht umsonst ist das Wort „Stehtragenproletarier“ entstanden. Die Ausführungen eines bürgerlichen Blattes mühten aber mindestens die, die logisch zu denken vermögen, dahin führen, wo sie hingehören, in den Handlungsgehülftenverband, dessen Sitz in Hamburg ist.

Der erste diesjährige städtische Festballmascott, der Samstag, 1. Februar, in den festlich geschmückten und beleuchteten Räumen der Festhalle veranstaltet wird, bringt insofern wieder eine Neuerung, als die drei ersten Herren- und die drei ersten Damenpreise in bar gegeben werden und zwar sind ausgesetzt: für die ersten Preise je 100 Mark, für die zweiten Preise je 60 Mark, für die dritten Preise je 40 Mark. Die weiteren Preise (für Herren drei, für Damen sieben) werden, wie früher, in hübschen und praktischen Schmucksachen bestehen. Für Gruppenpreise sind 400 Mark in bar in Aussicht genommen, nämlich 250 Mark für den ersten, 100 Mark für den zweiten und 50 Mark für den dritten Preis. Zwei Ballorchester, die Kapelle des Leibgrenadierregiments und die Kapelle der Freiwilligen Feuerwehrr, in einer Gesamtstärke von gegen 90 Mann, teilen sich in das Musik- und Tanzprogramm. Unter die Zahl der Tänzler ist, wie in den letzten Jahren, wieder der beliebte Lancier-Tanz aufgenommen. Die Preisverteilung wird, entgegen früherem Brauche, schon so frühzeitig stattfinden, daß sie tunlichst um zwölf Uhr beendet ist, so daß die programmmäßige Pause von 12-1 Uhr, die von den meisten Ballbesuchern zu einem „Stelldichein“ im „Biertunnel“ und den Restaurationsräumen benützt zu werden pflegt, nicht verkürzt werden dürfte. Gruppen müssen, um in die Preisfontäne zu kommen, längstens um 10 Uhr im Ballsaal anwesend sein. Ihnen sei bei dieser Gelegenheit empfohlen — was auch für Einzelmästen gilt —, das größte Gewicht in der Darstellungsart auf Originalität, Wiß und Humor zu legen und fogen, „tote“ Figuren möglichst zu vermeiden. Unständliche Gefährte und schwer bewegliche Gebilde stören den Charakter des Walles in der Regel und hindern alle die Wälen, denen in erster Linie darum zu tun ist, nach Herzgenuss „Tersichoren“ zu huldigen. Das Mitbringen von Kindern in schulpflichtigem Alter, auch in „Gruppen“, wird nicht gestattet. Zur bequemen Beschäftigung des frühlichen Treibens und buntschönen Bildes im Ballsaal sind für diejenigen, die sich gerne einem „beschaulichen Dasein“ ergeben wollen, nummerierte Nische in der Balkonloge der oberen Galerie und in der ersten Sitzreihe neben dem Balkon eingerichtet. Vormerkung hierfür nimmt Herr Kaufmann D a h l e m a n n, Kaiserstraße 185, schon jetzt entgegen.

Stiftungen. Die aus den Erträgen der Winter-Stiftung und der Geheimerat Vierordt-Stiftung für das laufende Jahr zu vergebenden Stipendien werden, entsprechend dem Vorschlage des Großen Rates der Technischen Hochschule, an 4 beginn. 1 Studierend der Technischen Hochschule vergeben.

Naturheilverein. Die Mitglieder seien auf die am Donnerstag, den 21. d. M., abends halb 9 Uhr im Gartenalee des „Cafe Nomad“ stattfindende außerordentliche Generalversammlung wegen Errichtung eines Licht-Bades abends 8, 9, 10, 11, 12 Uhr (S. Zinnoertel).

Unfall. Gestern nachmittags gegen 2 Uhr fiel ein städtischer Gärtner beim Auspflanzen der Bäume in den Anlagen in der Altstadt infolge Brechens eines Astes von einem Baum und blieb bewußlos liegen. Er soll sich durch den Sturz vom Baum außer einer Verletzung an der Hand eine Verletzung am Kopf zugezogen haben. Man verbrachte den Verletzten in ein benachbartes Haus.

Ein Liebespaar vergiftet. Der 24 Jahre alte Vater Karl Schneider und die gleichaltrige Fabrikarbeiterin Auguste Küstner wurden heute früh im Zimmer der Letzteren tot aufgefunden. Sie hatten sich mit Njhol vergiftet. Kurz vor der Ausführung der Tat äußerten beide in einer Wirtshaft: Heute nacht werde etwas passieren!

Der Polizeibericht sagt: Gestern vormittag wurde in einem Zimmer in der Fähringerstraße ein Liebespaar tot aufgefunden. Die Erhebungen ergaben, daß dies die 24 Jahre alte ledige Fabrikarbeiterin Auguste Küstner aus Forzheim und der 23 Jahre ledige Vater Hermann Karl Schneider aus Hamburg, beide hier wohnhaft, war und sich mit Njhol und Karboläure vergiftet hat. Nach einem zurückgelassenen Brief scheint die Sorge um die Zukunft die Lebensmüden in der Nacht zum 21. d. M. zu dieser Tat veranlaßt zu haben.

### Neues vom Tage.

#### Der nächste Probeflug des Grafen Zeppelin.

In den Vorbereitungen für die Uebernahme der beiden Luftschiffe des Grafen Zeppelin von seiten des Reichs handelt es sich in erster Linie um eine ununterbrochene vierundzwanzigstündige Fahrt. Diese dürfte vom Bodensee aus das Rheintal hinunter über Basel in der Richtung nach Mainz gehen und einen Weg von etwa 700 Kilometer zurücklegen. Hierbei hat das Luftschiff größere Höhen als bisher zu erreichen, für die in erster Linie militär-technische Gesichtspunkte maßgebend sind. Schließlich ist die Landungsfähigkeit auf festem Boden an einer bestimmten Stelle nachzuweisen. Dieser entscheidende Probeflug wird voraussichtlich im Laufe dieses Sommers stattfinden. Die Regierung wird in der Budgetkommission des Reichstages demnächst vertrauliche Mitteilungen über den Stand der Angelegenheit machen. Graf Zeppelin hält den bereits angekündigten Vortrag im Saal der Singakademie zu Berlin; das Thema lautet: „Die Eroberung der Lüfte“.

Sanau, 21. Jan. Auf der Südseite des Hanauer Ostbahnhofes ereignete sich heute früh kurz vor 6 Uhr ein schwerer Eisenbahnunfall. Der von Erbach einkehrende Personenzug Nr. 458 fuhr auf eine im Gleis stehende Lokomotive nebst Radwagen. 14 Personen wurden leicht verletzt, die sich sämtlich nach Hause begeben konnten mit Ausnahme des Zugführers, der im St. Vingens-Krankenhaus Aufnahme fand. Beide Lokomotiven und der Radwagen sind stark beschädigt, die Gleise gesperrt. Der Verleher wird durch Umfragen aufrecht erhalten. Das Unglück soll darauf zurückzuführen sein, daß das Stellwerk auf Einfahrt gezogen war. Vermutlich dürfte den Stellwerkswärter die Schuld treffen.

Berlin, 21. Jan. Heute Morgen hat sich die in der Oberbergerstraße wohnhafte Posschaffnersfrau Schreder mit ihrem beiden im Alter von 2 und 11 Jahren stehenden Kindern erhängt. Der Grund für die Tat dürfte in der Trunksucht des Mannes zu suchen sein.

— Schade! Toselli, der Gatte der Gräfin Montignoso hat infolge des Ablebens des Vaters keine Gattin sein Tournee wieder hinausgeschoben.

Paris, 21. Jan. Großes Aufsehen erregte eine Vergiftungs-Affäre, welche gestern aufgedeckt wurde. Es war versucht worden, alle Mitglieder eines Familienrates, welcher im Schlosse von Versailles stattfand, zu vergiften. Glücklicherweise war die Quantität des Giftes, welches eines der Fleischgerichte enthielt, so gering, daß das Fleisch dadurch ungenießbar geworden war. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß ein Jagdaufseher, welcher das Vertrauen der Inhaberin des Schlosses besaß, das Gift in einer Apotheke gekauft hatte, angeblich, um Ragetiere zu vergiften. Der Jagdaufseher war vor kurzem verabschiedet worden.

Mailand, 21. Jan. Bei Nauabella ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück. Es erfolgte ein Zusammenstoß der drei Glazüge Rom, Mailand, Mailand-Bergamo und Genua-Bavia. Bisher sollen 11 Tote unter den Trümmern hervorgezogen worden sein. Die Zahl der Verletzten ist sehr bedeutend. Ein Hilfszug ist sofort nach dem Ort der Katastrophe abgegangen. Der Minister Carema, der sich im Schnellzuge Rom-Mailand befand, blieb unverletzt.

11 Insassen des verunglückten Personenzuges wurden getötet und 38 verletzt, darunter 16 schwer. Ausländer befanden sich nicht darunter. Die Hauptschuld an dem Unglück trägt ein Weichensteller, der die Flucht ergriff, als der zweite Schnellzug heranbrauste. Der Zugführer des Schnellzuges Mailand-Rom hatte es unterlassen, einen Schaffner mit grüner Laterne am Ende des Zuges aufzustellen, um zu signalisieren, daß das Gleis gesperrt sei. Vielleicht wäre dadurch der zweite folgenschwerere Zusammenstoß vermieden worden, obgleich dieser Schnellzug, um eine Verspätung nachzuholen, rasend schnell fuhr.

Viehdieb, 21. Jan. Die Cholera fordert durchschnittlich täglich 400 Opfer.

Letzte Post.

Die Polizei und die Arbeitslosen.

Berlin, 21. Jan. An sechs verschiedenen Stellen Berlins fanden heute Morgen halb 11 Uhr Massenversammlungen von Arbeitslosen statt, in denen 9 Reichstagsabgeordnete über das Thema „Die Pflichten von Staat und Gemeinde gegenüber der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit“ sprachen. In der von den Arbeitslosen gefaßten Resolution wurde die sofortige Inangriffnahme sämtlicher geplanten Bauten und anderer Unternehmungen gefordert und zwar unter der Bedingung, daß die von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarife eingehalten werden. Ferner wurde die Aufhebung der Bälle und Abgaben auf Lebensmittel gefordert.

Zu verschiedenen Straßen kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei. Ueber 2000 Personen hatten sich angefangen. Der heftigste Zusammenstoß spielte sich zwischen der Kronprinzen- und Warschbrücke ab. Die Verwundeten, soweit sie nicht selbst ärztliche Hilfe in Anspruch nahmen, wurden von Schutzleuten nach der Charité gebracht. Die Mehrzahl von ihnen hat Kopf- und Armbunden davongetragen und konnten sämtlich wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden. Von der Schutzmannschaft wurden sich 6 Mann in ärztliche Behandlung gegeben. Drei von ihnen waren durch Steinwürfe im Gesicht, drei weitere durch Spatenhiebe und Steinwürfe an den

Armen und Weinen verletzt. 8 Personen wurden unverletzt nach der Wache gebracht, darunter zwei Geistesranke.

Hannover, 21. Jan. Als heute Nachmittag in der Schillerstraße eine Anzahl Arbeitslose auf die Ausgabe der Arbeitsnachweises warteten, kam es zu Ausschreitungen, wobei der Wagenschmied Tieling einen Schuhmann beleidigte, als dieser ihn festnehmen wollte. Der Schuhmann versetzte dem Wagenschmied einige Hiebe über den Schädel, so daß dieser in schwer verletztem Zustande nach dem Krankenhause gebracht werden mußte. Von einem Augenzeugen wird behauptet, daß vier Schutzleute auf den Wagenschmied eingebauten hätten. Unter den übrigen Arbeitslosen entstand große Aufregung.

Die sozialdemokratische Interpellation im bayerischen Abgeordnetenhaus

sonnte, wie man uns aus München schreibt, leider nicht zur Besprechung kommen, da die notwendige Unterstützung nicht vorhanden war. In einer Stimme fehlte es. Zentrumskräfte und 1 Bayernbündler stimmten mit uns, so daß wir statt 25 nur 24 Stimmen aufbrachten. Auf Befragen des Präsidenten an den Ministerpräsidenten v. Podewils, ob er die Interpellation beantworten wolle, verlas dieser folgende Erklärung: „Die Anfrage des Herrn Präsidenten bezieht sich auf die Interpellation der Sozialdemokratischen Partei, welche am 17. d. Mts. an die Bayerische Regierung mit folgender Erklärung zu beantworten: Die Interpellation von Herrn v. Podewils bezieht sich auf eine Erklärung, die der preussische Ministerpräsident im preussischen Landtag über das preussische Wahlrecht abgegeben hat. Diese Erklärung hat nicht das Reichstagswahlrecht als solches, sondern nur die Frage der Uebertragung dieses Wahlrechts auf den preussischen Landtag zum Gegenstand gehabt. Es handelt sich also um eine interne Angelegenheit eines anderen Bundesstaates. Die Staatsregierung mußte deshalb es ablehnen, die Interpellation zu beantworten.“ Damit wurde der Gegenstand verlassen.

Duell zwischen Offizieren.

München, 21. Jan. Die „Münch. Post“ meldet, daß in Regensburg zwei bayerischen Offiziere, einem Major und einem Hauptmann ein schweres Pistolenduell wegen einer Ehe-Angelegenheit stattgefunden habe. Einer der Offiziere soll seinen Verletzungen erliegen sein.

Bälou weicht aus.

Berlin, 21. Jan. Wie den Abendblättern zufolge verlautet, wird die Regierung zu der morgen im Reichstage zur Verhandlung kommenden sozialdemokratischen Interpellation in Sachen der Wahlrechtsfrage sich nur kurz äußern, da sie nach wie vor an der Auffassung festhält, daß preussische Angelegenheiten nicht vor den Reichstag gehören und daß ein Präzedenzfall nicht geschaffen werden dürfe, da sonst Angelegenheiten auch anderer Bundesstaaten demnächst vor das Forum des Reichstages gezogen werden könnten. Wie weiter verlautet, wird Staatssekretär von Bethmann-Hollweg die Beantwortung der Interpellation ablehnen. Gegen die Besprechung werden nur die Konservativen stimmen.

Das Reichstagsgebäude wird bereits um 9 Uhr vormittags in weiterem Umkreise von einer Schutzmannschaft umstellt werden, denn nach Andeutungen aus parlamentarischen Kreisen

wird vermutet, daß morgen die Umgebung des Reichstagsgebäudes zum Schauplatz sozialdemokratischer Demonstrationen gemacht werden soll. Der Zutritt zum Reichstagsgebäude wird einer besonders strengen Kontrolle unterworfen.

Freie Kritik.

Berlin, 21. Jan. Der Redakteur des „Vorwärts“, Hans Heber, wurde heute von der 4. Strafkammer des Landgerichts I wegen Beleidigung des Bürgermeisters Dr. Stolle in Königsbütte, begangen in einem Artikel mit der Ueberschrift: „Die deutsche Schmach“, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 4 Monate beantragt.

Die Freisinnigen gegen die Dreiklassenwahl.

Berlin, 21. Jan. Der Ausschuss der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft des preussischen Abgeordnetenhauses für die Wahlrechtsreform in Preußen hat beschlossen, eine Broschüre über die Wahlrechtsreform und ein Flugblatt alsbald zu verbreiten und einen Aufruf zur Gewinnung von Mitteln für den Wahlrechtskampf zu veröffentlichen. Weitere Broschüren sowie Flugblätter sind in Aussicht genommen. Die Versammlungen sollen planmäßig und einmütig in Fühlung mit den Partei-Organisationen veranstaltet werden. Durch Zufall wurden in den Ausschuss die Abgeordneten Kopsch und Raumann berufen.

Briefkasten der Redaktion.

Stach. Impfwang besteht nach wie vor, das Gerücht ist falsch. — Zur Versendung der Zeitung unter Kreuzband müssen es etwa 10 Abonnenten sein, die sich auf ein Vierteljahr verpflichten.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Soz. Verein, Ausschuss.) Heute Mittwoch, präzis 8 Uhr im „Auerhahn“.
Karlsruhe. (Jugendorganisation.) Von nun ab finden die regelmäßigen Versammlungen jeden Mittwoch punkt 8 Uhr statt. Heute Mittwoch Abend ist Vortrag von Gen. Hueber über die Bewegung der soz. Jugend und das Vorkommen der Schwärzen im Staate Eläß. Es wird erwartet, daß sämtliche Mitglieder erscheinen.
Karlsruhe. (Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund.) Donnerstag Abend halb 9 Uhr Versammlung im Reformrestaurant, Kaiserstraße.
Durlach. (Junge Garde.) Freitag, den 24. Januar: Versammlung im „Lamm“. Thema: „Die uniformierte und schwarze Polizei im Kampfe gegen die Jugendbewegung in Eläß-Lothringen“. Referent: Genosse Hueber.
Durlach. (Arbeiterbund Vorwärts, Sängerkreis.) Umstände halber findet unsere Singstunde am Freitag Abend halb 9 Uhr statt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet.
Bruchsal. Mittwoch, den 22. d. Mts., abends halb 9 Uhr, wird im Gasthaus zum „Einhorn“ der zweite Vortrag über „Kranken- und Invalidenversicherung“ abgehalten werden. Die Arbeiterchaft, insbesondere die Frauen, werden freundlichst eingeladen. Zahlreichen Besuch erwünscht.
Das Gewerkschaftskartell.

Wasserstand des Rheins.

Mittwoch, den 22. Januar, morgens 6 Uhr:
Schäufelinsel 0,85, gef. 2 cm, Rehl 1,31, gef. 1 cm,
Ragau 2,74, gef. 1 cm, Mannheim 1,77, Stillstand.

Freiburg i. B.

Unser

Inventur-Räumungs-Verkauf

beginnt in allen unseren Lägern

Dienstag den 21. Januar.

Sämtliche Artikel sind im Preise ermässigt.

Serien-Verkauf von Resten und Abschnitten.

Koetting & Heinze.

Orangen Espagnol größtes Lager.

Ein direkter Wagon spanische Orangen trifft am Mittwoch ein (sehr süße, schöne Frucht) und verlaufe ich solche von 25 Pf. an zu den billigsten Preisen.

Widerverkäufer erhalten Rabatt. Verandt nach auswärts gegen Nachnahme oder gute Referenzen.

la. feinste Tafeläpfel

Einige 100 Ktr. feinste Tafeläpfel (französische und Schweizer) habe ich auf Lager und gebe ich solche ebenfalls preiswert ab.

Schachtelungsboll A. Joggerst. Lager: Luisenstraße 24. Telefon 1568.

Arbeiter, greift zum Gewehr!

berlangt von Eurer Frau oder Frau vor allem ein gutes und gefundes Dauerbett, das ohne Reparaturkosten auf mindestens 20 Jahre garantiert. Das liefert direkt an Private als Spezialität

Steidlinger & Roth, Matratzenfabrik Karlsruhe i. B., Leisingstraße 31.

Muster sowie Modelle versenden wir franco gegen franko. Versand frei Ihrer Wahlstation. Verpackung nehmen franco zurück. — Zeugnisse erhalten wir fast täglich, z. B.

Euer geandeter aufbehalter Bettrost und Besen-Matratze haben sich sehr gut und wünschlich, daß wir unser anderes Bett auch selbst öffnen und reinigen könnten. Baiersbrunn, den 12. Oktober 1907. J. G.

Schmerzlose Zahnoperationen werden täglich ausgeführt.

Durch Verwendung nur guten Materials bin ich in der Lage, dauernde Garantie für von mir gelieferte künstliche Gebisse zu gewähren. 3007,25

Anerkant naturgetreuen Zahnersatz. Keine 2 Markzähne. Nur gute Zähne. Sehr mässige Preise. Zahnatelier Deininger, Dentist, Werderplatz 35.

Deutscher Verein für Volkshygiene.

Ortsgruppe Karlsruhe. Donnerstag, 23. Januar 1908, abends halb 9 Uhr, im großen Nathausaal: Vortrag des Herrn Dr. med. Glanz hier, über:

Bäder und Badekuren. Eintritt frei für Jedermann. Auch die Damen sind freundlichst eingeladen. 825



Strickmaschine.

Außerordentliche Leistungsfähigkeit, große Nadelersparnis, Vermeidung von Ballmischen, große Wascherparnis.

Strickunterricht gratis. Maschinen stets vorrätig am Lager. Schwinn & Ehrfeld, Karlsruhe, Telefon Nr. 102. Kaiserstraße 99 (früher Kaiserpanorama).

Alleinverkauf der berühmten Strickmaschinen-Fabrik E. Dubied, Couvet (Schweiz). Weltausstellung Paris 1900 Grand Prix (höchste Auszeichnung). 3732,26

Arbeiter! Abonnieren den Volksfreund

### Deutscher Metallarbeiterverband

Marktgrafenstraße 26, Karlsruhe. — Telefon 2098.  
Mittwoch, den 22. Januar, abends punkt 6 Uhr,  
findet im goldenen Adler, Karl-Friedrichstraße 12, eine

**Vertrauensmänner-Versammlung**  
für den Bezirk Karlsruhe und am Donnerstag, 23. Januar,  
abends punkt 6 Uhr, im Gasthaus zum Lamm in Durlach eine  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
für den Bezirk Durlach statt.

Der Entwurf für das neue Ortsstatut ist verfaßt und wollen die Vertrauensleute, die denselben nicht erhalten haben, bei der Geschäftsleitung reklamieren. 321

#### Die Ortsverwaltung.

### Naturheil-Verein e. V.

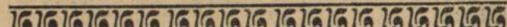
(Verein für naturgemässe Lebens- u. Heilweise)  
Donnerstag den 23. Januar, abends halb 9, im Garten-  
saale des Café Nowack

### Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:  
1. Errichtung eines Licht-Luftbades. — 2. Wachtung eines  
14000 qm großen Platzes von der hiesigen Stadtgemeinde.  
3. Verschiedenes.

Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Ferner er-  
suchen wir um baldige Zulassung der Revisoren.

Der Vorstand.



### Rabatt-Spar-Verein

Karlsruhe.

#### Ziehungs-Listen

der Gutscheine können bei unseren sämtlichen  
Mitgliedern, unserer Geschäftsstelle, dem Bank-  
hause Veit & Gomburger, sowie in den  
Expeditionen der hiesigen Zeitungen eingesehen  
werden.

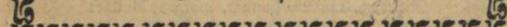
Nach auswärts versendet Listen unser Redner  
Hud. Hugo Dietrich.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt durch  
das Bankhaus Veit & Gomburger hier gegen  
Rückgabe der Gutscheine.

Gewinnbeträge, die am 1. April 1908 nicht  
erhoben sind, verlieren ihre Gültigkeit. 327

Gutscheine, auf die Gewinne nicht entfallen  
sind, bleiben für spätere Verteilungen noch in  
Kraft und sind daher sorgfältig aufzubewahren.

Der Vorstand.



### Bekömmliche, reine und billige Tischweine

offen in meinem Detailgeschäft: 320

1904er Kaiserstühler . . . per Liter 70  
1906er Schliengener . . . " " 80  
1903er Rotwein . . . " " 70

(vollwertiger Ersatz für teuren Bordeauxwein)

Weingrosshdl. F. Bausback Telefon 1468.

### Sanften langanhaltenden Schnitt

hat meine Spezialmarke „Hummel-Rasiermesser“. In allen  
Breiten vorrätig. Alte Rasiermesser werden bei mir sorgfältigst  
sachgemäß geschliffen mit voller Garantie für guten Schnitt.  
Versand nach auswärts. 2944

Karl Hummel, Karlsruhe, Werderstraße 13.

### Welt-Kinematograph

G. m. b. H.  
Freiburg i. Br., Kaiserstrasse 68.  
Belehrendes Institut. Sehenswürdigkeit ersten Ranges.  
Theater lebender Photographien.

Programm vom 23. bis inkl. 29. Januar 1908.

Die Frau des Schmugglers.

Die Erbschaft des Veters. Großer Lacherfolg.

Tanzduett aus der Oper „Hänsel und Gretel“. Hänsel:  
Ida Perry; Gretel: Hedwig Holz. Musik von Engelbert  
Humperdinck.

Die Fischzucht in England. Belehrende Naturaufnahmen.

Automatenarie aus der Oper „Doffmanns Erzhähnen“.  
Olympia: Fräulein Hedwig Francillo-Raufmann.

Der historische Festzug nebst Ritterspielen und Turnieren  
beim „Goldenen Baum“ in Brügge (Belgien).

Wunderbare Mäntelungen. Herrlicher Verwandlung skilm in  
künstlerischer und bunter Ausführung.

Eiserne Bettstelle mit Matrage für 4 Mk. zu verl. Durlacher-  
straße 52, 4. St. I., von 7 Uhr  
abends an zu beziehen.

Ein Kind wird in Pflege genommen. Zu  
erfragen Marktgrafenstr. 4, 3. St.

Runder großer Tisch für 18 Mk. zu verl. Jähringer-  
straße 10, 4. St.

Küchentisch billig zu verl. Scherzstraße 12,  
4. Stod rechts.

Prinzezwagen weiß, mit  
billig zu verl. Schützenstr. 82 III. I.

Eine kleine gangbare Kücherei  
mit Kellerei nebst einer  
kleinen Brennhafe. Einrich-  
tung ist krankheitshalber sofort  
oder später billig zu verkaufen.  
331 Augartenstr. 30a S.



### Carnevalistische Drucksachen

als

Programme

Eintrittskarten

Fastnachtszettel

Lieder

Marrenzefungen



liefert in geschmackvoller Ausführung mit den modernsten  
Karikaturen illustriert

### Buchdruckerei Volksfreund

Geck & Co., Karlsruhe

Telephon Nr. 128.

Luisenstrasse 24.

### Gesangverein „Lasallia“, Karlsruhe.

Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß am Samstag, den  
25. Januar, abends punkt 9 Uhr, im Hotel Monopol, Kriegs-  
straße, unsere diesjährige ordentliche jährliche

#### Generalversammlung

mit folgender Tagesordnung stattfindet:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Beratung der Anträge.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
4. Wünsche und Vereinsangelegenheiten.

Anträge hierzu sind längstens bis zum 21. d. M. an den  
Vorstand schriftlich einzureichen.

Wir eruchen unsere verehr. Mitglieder um pünktliches und  
vollzähliges Erscheinen. 329

Der Vorstand.

Hierdurch zeige ich an, daß ich mich als

#### Rechtsanwalt

beim Großherzogl. Landgericht Karlsruhe

niederzulegen habe.

Meine Geschäftsräume befinden sich zusammen mit  
denen des Herrn

Rechtsanwalt Dr. Wollf, Karlsruhe

Kriegstrasse 48.

Dr. Leop. Friedberg.

### Herren- und Knabenkleider

wirklich prachtvolle Neuheiten

vorzüglich in Schnitt u.  
Verarbeitung, offeriert in  
größter Auswahl zu den  
denkbar billigsten Preisen

L. Gretz,

27 Marienstr. 27.

Auch auf Teilzahlung.

### Gewerkschaft-Kartell Karlsruhe.

Donnerstag den 23. Jan.,  
abends halb 9 Uhr bei Fr.  
Möhrlein, Kaiserstraße 13

**Belegierten-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Innere Angelegenheiten.  
2. Vortrag über die dem  
Reichstag zugegangene Novelle  
zur Gewerbeordnung.  
3. Welche Mittel und Wege  
schlagen wir ein um der immer  
mehr umfänglichen Arbeits-  
losigkeit zu begegnen.  
Vollzähligem Erscheinen wird  
entgegen

Die Kartellkommission.  
NB. Die verehrten Mitgl.  
vorstände werden jetzt  
darauf aufmerksam gemacht, daß  
am 29. Januar ein Resi-  
tationsgesetz von Emil  
solte bei Fr. Möhrlein  
findet und erwächst deshalb die  
Pflicht, dieses den Mitgliedern  
in geeigneter Weise bekannt zu  
geben. D. D.